

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 27 (1913)

175 (29.7.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-580735](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-580735)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rültingen, Peterstraße Nr. 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Muenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Porto 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 3,50 RM., monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die jedwergelassene Zeitspille oder deren Raum für die Inserenten in Rültingen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Blattbestimmungen unerschränkt. Refusangabe 50 Pf.

27. Jahrgang.

Rültingen, Dienstag den 29. Juli 1915.

Nr. 175.

Die Zolltarifkampagne.

Eine mecklenburgische Zeitung verbreitet die Nachricht, bei den Vorverhandlungen über die Neugestaltung des Zolltarifs sei man zu dem Entschluß gelangt, die Zölle im allgemeinen um fünf Prozent zu erhöhen, doch solle die Einfuhr von Rüchland und der Schweiz dadurch nicht getroffen werden. Diese Meldung ist natürlich unsinnig, denn erstens kann kein Mensch daran denken, die Zölle überhaupt um einen bestimmten Prozentsatz hinaufzudrehen, und sodann ist es möglich, im autonomen Tarif Vergünstigungen für einzelne Länder vorzusehen. Außerdem ist die Schweiz können nur auf dem Wege der Vertragsverhandlungen für bestimmte Waren, an denen sie besonders interessiert sind, Zollherabsetzungen durchsetzen, und auch diese Reduktionen gehen dann nicht für sie allein, da Deutschland mit den meisten anderen Ländern im unbedingten Meistbegünstigungsverhältnis steht, d. h. verpflichtet ist, die Ermäßigungen, die es dem einen Staate zugestimmt, allen anderen zu gewähren.

Es ist überhaupt nicht anzunehmen, daß die Vorverhandlungen über den Zolltarif schon irgendein greifbares Resultat ergeben haben. Benutzt nicht, soweit die Höhe der Zölle in Frage kommt. Bis jetzt scheint man sich an den maßgebenden Stellen nur darüber klar zu sein, daß das Schema des Zolltarifs von 1902 beibehalten werden soll. Für einzelne seiner Positionen will man dann zweckmäßig erziehende Änderungen vornehmen. Jedenfalls hat der Staatssekretär des Innern diese Absicht bei den Staatsverhandlungen von 1912 und 1913 angedeutet. Wie diese Änderungen aussehen, weiß noch niemand, und einmischen ist es noch ebensowenig möglich, daß den Forderungen der Agrarier nach dem „tafellosen“ Tarif Rechnung getragen wird, wie das man den „Abbau“-Wünschen der Liberalen entgegenkommt.

Man verheute uns um Gottes willen nicht falsch: Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß die Regierung ernstlich an eine Abrogation der Schutzschranken denke. Wir wissen zu genau, daß sie von der Vorteilhaftigkeit des herrschenden Systems der Wirtschaftspolitik überzeugt ist, und daß sie, wenn sie nicht davon überzeugt wäre, doch nicht den Mut haben würde, an ihm zu rütteln. Aber es wäre immerhin möglich, daß sie hier und da ein kleines, ganz kleines Konzessionsstück an den Handels- und den Bauernbund machte, und wer trotz aller Eindrücke noch nicht ganz seinen Optimismus verloren hat, kann am Ende sogar auf eine kleine, ganz kleine Herabsetzung dieses oder jenes Zollsatzes spekulieren — vorausgesetzt immer, daß bei den bis zur Einbringung der Novelle noch vorzunehmenden Nachbahrungen zum Reichstag die Agrarier ihre Verluste nicht wieder ausgleichen. Darüber hinaus wird die Regierung unter keinen Umständen gehen, und das allerhöchste Ziel ist, daß sie sich bei ihren Verhandlungen überhaupt sehr reserviert verhalten und ganz ähnlich wie bei den jüngsten Steuerentwürfen abwarten wird, was der Reichstag mit ihnen anfangt.

Nicht sowohl die Regierung als vielmehr der Reichstag macht denn auch den Agrariern Sorge. Sie fürchten nicht etwa die Wendung zum Freihandel, denn wenn sie von der freihändlerischen Linken reden, so sind sie sich sehr wohl bewußt, daß auf diese Bezeichnung nur die Sozialdemokratie Anspruch erheben darf, und daß auch der in wirtschaftspolitischen Dingen normalerweise Fortschrittsmann nur als gemäßigter Schutzkämpfer angesehen werden darf. Aber die Chancen des Bundes der Landwirte sehen, daß die Chancen für ihre über den bestehenden „Schutz“ hinausgehenden Wünsche in diesem Reichstag sehr gering sind. Einer Erhöhung der Getreidezölle auf 7,50 Mark pro Doppelzentner, einer allgemeinen Bindung der durch Vertrag zu gewöhnlichen Zölle für landwirtschaftliche Produkte durch Minimalzölle ist die Stimmung nicht günstig, und mehr als fraglich ist es auch noch, ob man die Erhöhung der Obst- und Gemüsezölle und die Einführung eines Zolles auf Milch und Rahm durchsetzen kann. Da die Möglichkeit besteht sogar, daß sich im Parlament eine Mehrheit für die Herabsetzung der Futtermittelzölle findet. Im Bauernbund und im Handelsbund ist man ihr nicht abgeneigt, und was diese beiden Bünde wollen, das will auch die nationalliberale Partei, vorausgesetzt, daß der Druck, der von letzten des Zentralverbandes der Industriellen ausgeht, nicht übermäßig ist. Die Zentrumsbauern wollen ihr Vieh auch gern billig füttern, und nach dem Verhalten des Zentrums bei den Deckungsfragen ist dieser Partei zuzutrauen, daß sie auch in der Zollfrage wieder einmal Rücksicht auf die kleineren Leute nimmt. Doch aber die Regierung dann Widerstand leisten werde, ist sehr zweifelhaft. Was ja sein, doch jungerliche Stimmigkeit den Beifall bis zu diesem Moment um die Ecke gebracht hat, aber damit ist noch nicht gesagt, daß ein anderer den Kampf für die teure Milch und den teuren Gaser wagt.

Alles kommt also darauf an, die Stimmung der linksansehen Mittelparteien wieder zugunsten des Agrariertums zu beeinflussen, und deshalb wird jetzt auf neue gewaltig in die Sammeltruppe geblasen. Die Liberalen und das Zentrum müssen doch einsehen, lassen die „Verl. Vol. Wehr.“, daß ein Abbau der Zölle den Reichsfinanzen gefährlich wäre, mit anderen Worten, daß ihre Wähler dann noch mehr direkte Steuern zu zahlen haben. Eine Herabsetzung der Schutzzölle bringt die Sozialpolitik in Gefahr, phantasiert der Antilemit Lottmann im „Reichsboten“. Und überhaupt alles steht auf dem Spiel, das Vaterland und die belannten heiligsten Güter sind bedroht, wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht ideologisch betimmen und sich wieder sammeln, um die agrarische Rechte schützen zu helfen.

Wir warten ab, wie dieser Alarmruf wirken wird und tun inzwischen alles, um uns auf den Kampf vorzubereiten, in dem die Sozialdemokratie wieder als die einzige Partei die Interessen der breiten arbeitenden Volksmassen gegen die tyrannischen Forderungen des agrarischen und industriellen Kapitals wahrnehmen wird.

Politische Rundschau.

Rültingen, 28. Juli.

Krupp vor dem Kriegsgericht.

Die deutsche Kriegsindustrie steht unmittelbar vor dem ungeschicktesten moralischen Zusammenbruch. Die größte deutsche Firma, die Weltfabrikation von rentablem Patriotismus betreibt, steht unter begründeter Anklage, verbrecherischen Verrat militärischer Geheimnisse, Vorsehung und ähnliche Mordgeschichten zur Förderung ihres Profites benutzt zu haben. Der Besitzer der Krupp-Werke ist noch nach den parlamentarischen Entschlüssen mit einer hohen Auszeichnung bedacht worden. Auf Geheiß des Kriegsministers soll — unter dem altherren Vorwand, die (von Krupps Angestellten doch längst erklommenen) militärischen Geheimnisse im Interesse der Landesverteidigung zu schützen — die Verhandlung geheim geführt werden. Das deutsche Volk soll eben nicht wissen, wie die Kriegsindustrie arbeitet. Dieses Verschleierns, und Verunsicherungs durchkreuzt nun zu einem Teil das „Berliner Tageblatt“, indem es das Material der geheimen Anklageschrift veröffentlicht.

Am 17. Oktober 1912 übermittelte der Abg. Liebknecht dem Kriegsminister die Abschriften von 17 Geheimberichten, die bei Krupp mit dem Namen „Kornwölgen“ bezeichnet wurden. Die „Kornwölgen“ gingen an die Adresse des Herrn v. Dewitz, der sie an die einzelnen Ressort-Direktoren verteilte. Die Berichte wurden schließlich zusammen in einem Geheimschrank verwahrt und jeweils nach Ablauf eines Jahres vernichtet. Das Kriegsministerium beauftragte die politische Polizei, das Kruppische Bureau in Berlin zu übermachten. Die Folge war, daß manche verdächtige Personen ermittelt wurden, darunter eine französische Sprachlehrerin und der Direktor eines Unternehmens des Fürsten Sodenlohe-Kongerns. Vier Zeugenaussagen, zwei Feuerwerker und ein Sekretär wurden schließlich zu gleicher Zeit verhaftet.

Eine Hausdurchsuchung bei der Firma Krupp in Essen lieferte der Polizei nahezu 1000 „Kornwölgen“ in die Hände. Nun wurde auch der Vertreter der Firma Krupp, Max Brandt, in Haft genommen.

Die Anklageschrift trägt die Aufschrift: „Geheim“ und den folgenden Vermerk: „Der Kriegsminister wünscht, daß die Verhandlung im Interesse der Landesverteidigung unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wird.“ Dieser Vermerk steht im Gegensatz zu der Versicherung des Kriegsministers im Reichstag, daß nichts vertuscht werden soll, woraus man allgemein den Schluß zog, daß die Verhandlung öffentlich durchgeführt werde.

Brandt ist von der Firma Krupp ausschließlich deshalb nach Berlin verlegt worden, um den Verkehr mit den militärischen Unterbeamten zu pflegen und auf diese Weise Nachrichten zu erhalten. Einige Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp werden in dem Prozeß als Zeugen vernommen. Die Anklage lautet auf Vergehen des Verrats militärischer Geheimnisse, Vorsehung und Ungehorsam gegen militärische Befehle.

Ueber die Kornwölgen-Lohnen wird noch im einzelnen ausgeführt: Diese Kornwölgen waren mit der Schweißmaschine hergestellt und wurden nicht untersucht. Sie gingen auch nicht mit der gewöhnlichen Post nach Essen, sondern sie wurden in einem besonderen Umschlag an eine eingeweihte Stelle dirigiert. Die Persönlichkeit, die diese Berichte zuerst in die Hand bekam, war Herr v. Dewitz. Er besaß eine Anzahl Stempel mit den Namen der Direktoren und setzte auf jeden Bericht den Namen des Direktors, von

dem er annahm, daß der Inhalt des Berichts für ihn von Interesse sein konnte.

Die mit der Unterbrechung des Falles betraute Behörde suchte auf alle Weise das Kornwölgen-Geheimnis zu sichern. Den Verteidigern wurde die Akteneinsicht auf alle Weise erschwert; sie durften sich nur an Gerichtsstelle und in Gegenwart eines Beamten aus den Akten informieren.

Nun beginnt der Prozeß der 1000 Kornwölgen; man wird sehen, ob man dem deutschen Volk auch die Geheul austrauen wird, daß es ruhig die Sekretierung der Verhandlungen hinnimmt.

Dieser Prozeß birgt ja nur einen Teil der Geheimnisse des Kruppischen Büros. In ihm wird z. B. noch nicht das Treiben des Kruppischen Pressbüros entschieden werden, nicht die Kriegsbefehle, die die Rüstungsindustrie organisiert.

Von dem Grade der Öffentlichkeit, die dem Kornwölgen-Prozeß zuteil werden wird, darf man dann darauf schließen, welches Maß von Geheimnissen noch verborgen ist.

Deutsches Reich.

Die Reichseinnahmen gehen zurück. Die Haupteinnahme des Reiches, die Zölle, sind im Monat Juni d. J. erheblich zurückgegangen. Die Zölle brachten nur 48,29 Millionen Mark gegen + 54,2 Millionen Mark im Juni 1912, d. h. fast 6 Millionen Mark weniger als vor einem Jahre. Seit Beginn des Etatsjahres kamen aus den Zöllen 151,90 Millionen Mark gegen 161,71 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1912 ein, d. h. annähernd 10 Millionen Mark weniger. Dieser Ausfall, den die Zölle gebracht haben, drückt auf das Gesamtergebnis der Reichseinnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren derart, daß für das Vierteljahr von April bis Juni im Verhältnis zum Etatsanschlag eine Mindereinnahme von fast 20 Millionen Mark festzustellen ist.

Neben den Zöllen haben im Juni d. J. geringere Einnahmen als vor einem Jahre gebracht die Tabaksteuer, die Verbrauchsteuer, der Kaufstempel, der Grundstücksübertragungsstempel, die Personenerwerbsteuer u. a. m. Erhöht hat sich gegen den Juni 1912 besonders die Einnahme aus der Zigarettensteuer, der Zuckersteuer, der Wein- und Branntweinverbrauchsabgabe und der Erbschaftsteuer.

Die Reichspostverwaltung hat im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres 188,48 Millionen Mark gegen 179,07 Millionen Mark im ersten Quartal des vorigen Etatsjahres eingenommen. Die Einnahme hat sich mithin um 9,41 Millionen Mark erhöht. Im Etat 1913 ist gegenüber dem Etat 1912 ein Mehr von fast 51 Millionen Mark veranschlagt worden, so daß die bisherige Einnahme dem Etatsanschlag nicht gerecht wird. Die Reichseisenbahnverwaltung hat auch im ersten Vierteljahr dieses Etatsjahres gute Einnahmen gebracht, indem bei ihr 29,10 gegen 26,04 Millionen Mark, d. h. 3,06 Millionen Mark mehr als 1912 einkamen. Das übertrifft den auf ein Vierteljahr entfallenden Etatsanteil, der 28,4 Millionen Mark beträgt, nicht unerheblich.

Reform der Militär-Intendantur. Die bereits seit einigen Jahren in Aussicht gestellte Denkschrift über die Reform der Intendanturwesen soll im kommenden Winter dem Reichstag zugehen. Wir glauben nicht recht daran, daß diese Denkschrift wirklich erscheinen wird. In der Intendantur sind zweifellos ganz gewaltige Mängel vorhanden, die Bureaukratie ist dort allein maßgebend, die Verwaltung ist eine ungeheuer kostspielige und wird noch kostspieliger werden dadurch, daß man immer mehr Offiziere aus dem Frontdienst in die Intendantur abzuschieben versucht. Vor einigen Jahren hielt der Kriegsminister ganz unvermittelt im Reichstage eine unerwartet stündige Rede über die Reform des militärischen Intendanturwesens. Seitdem ist wiederholt auf die ziemlich vollendete Denkschrift hingewiesen worden, ohne daß man bisher diese Denkschrift jemals zu Gesicht bekommen hätte. Dem Reichstag wird unter diesen Umständen nichts übrig bleiben, als seinerseits die Initiative zu ergreifen und einmal eine Anzahl Stellen, die als vollkommen überflüssig erscheinen, glatt zu streichen. Das ist die einzige Möglichkeit, um die Herren von der Militärverwaltung zu veranlassen, dem Reichstag einmal genannten Aufschuß über den heutigen Stand des Intendanturwesens zu geben.

Titelshader in Deutschland. Eine Anzahl rheinischer Großindustrieller erhielt vor kurzer Zeit von Berlin aus Zuschriften, in denen ihnen Goldsekanantentitel angeboten wurden. Der Vermittler erklärte, daß er in der Lage sei, durch eine entsprechende finanzielle Entschädigung diesen Titel für die Geldgeber zu erwirken. Einige Großindustrielle haben dann das Material der Staatsanwaltschaft übergeben und erhielten nunmehr vom Oberstaatsanwalt in

Als die verblüffende Mitteilung, daß man gegen den Reichswehrminister eine Anklage nicht dorgehen könne, da er hinreichende Beweise erbringen konnte, daß er tatsächlich in der Lage sei, solche Taten zu verüben. Der Tarif des unternehmenden Mannes bewegt sich zwischen 4000 und 20 000 Mark. Damit steht fest, daß der oft abgelehnte Tarifhöher in Deutschland nicht nur möglich ist, sondern daß er auch tatsächlich getrieben wird.

Ein sozialdemokratischer Landrat. Infolge der erfolgten Eingemeindung der Vororte Lechnau und Hochzoll zur Stadt Augsburg hat die Stadt Anrecht auf einen weiteren Vertreter im Landrat für Schwaben und Neuburg erhalten. In der durch die beiden künftigen Kollegen vorgenommenen Wahl wurde mit den Stimmen der Liberalen ein Sozialdemokrat, der Gewerkschaftsleiter Gen. Weinthal als letzter Vertreter in den Landrat gewählt, ebenso ist der gewählte Erbgutmann ein Sozialdemokrat. Mit der Wahl des Gen. Weinthal zieht der erste Sozialdemokrat in den schwäbischen Landrat ein, eine Korporation, die über die Verwendung der Mittel des Regierungsbezirkes Schwaben und Neuburg zu beschließen hat und deren Zusammenlegung an Möglichkeit nicht mehr übertrifft werden kann. Die Landräte in Bayern entsprechen den Verhältnissen in Preußen.

Eine vergiftete Kränze an den kaiserlichen Schwiegerohn. Zu ihrem letzten Auszug über den Bahndamm des Prinzen Ernst August wird der „Volk“ von „hochgeschätzter Seite“ geschrieben:

„Mit oder ohne Hohneid: an und für sich wäre es Landesverrat von Seiten eines deutschen Bundesfürsten, etwas gegen den Bestand Preußens zu unternehmen oder zu dulden. An die Zeiten der Weifenlegion denken wir nicht mehr.

Der beständige Beschluß des Bundesrats fordert mehr. Es handelt sich um den Verzicht auf Hannover seitens des Prinzen Ernst August und seines Herrn Vaters. Wie fragen den Prinzen, ob er mit seiner Erklärung an den Reichstanzler diesen Verzicht leistet.

Schweigst der Prinz, wie bisher, so gibt er denjenigen recht, die wissen wollen, daß der Prinz den Verzicht auf Hannover mit seinem Gewissen nicht zu vereinen vermag. Man kann auch ohne Zustimmung ehen, mit dem Regierungsantritt in Braunschweig ist es nicht zu vereinen.

Schweigst der Prinz, so ist die Beschäftigung des Bundesrats mit der braunschweigischen Frage übrig.

Wie konnte es nur geschehen, daß der verantwortliche Reichstanzler sich in Gmunden nicht tritt und klar über die Stimmung des Prinzen Auskunft verschafft? Heute hat der Reichstanzler das Wort. Wie sind die Verhandlungen in Gmunden verlaufen, die zu der bewußten Erklärung des Prinzen Ernst August führen?“

Das „Gottesgnadentum“ des zukünftigen Monarchen von Braunschweig ist, wie man sieht, stark erschüttert.

Wasserstraßen und Truppenverpflegung. Der Große Generalstab beschäftigt sich im 6. Band seiner Studien zur Kriegsgeschichtlichen Taktik mit der Truppenverpflegung im Krieg und mit der Bedeutung der Wasserstraßen für den Transport von Lebensmitteln. Die Berliner neuesten Nachrichten weisen nun darauf hin, daß gerade unter Kanalety und insbesondere der Mittellandkanal eine ideale Wasserstraße darstellt. Das Blatt führt dann fort: „Freilich einen großen Fehler hat der Mittellandkanal — ihm fehlt noch das Rückgrat, ihm fehlt noch das Schlüsselfeld Hannover-Wagdeburg. Wir meinen, die nächste Forderung des Kriegsministeriums müßte die Fertigstellung des Mittellandkanals sein, es ist — das zeigen gerade die oben angezogenen Stellen des Generalstabwerkes wieder — eine Lebensfrage für die Sicherheit unserer Verpflegungsnachschube im Mobilisationsfall.“ Wenn das Kriegsministerium diesem Rats folgen sollte, dann wird es sich auf heftige Kämpfe mit den Agrariern einrichten müssen. Der Mittellandkanal hat schon einmal zu heftigen parlamentarischen Kämpfen geführt. Der Kaiser antwortete damals auf die Treuefragen der Konföderativen mit den Worten: „Gebaut wird er doch!“ Die Entgegnung der Konföderativen ging dahin: „Gebaut wird er nicht!“ Und die Konföderativen haben sich in diesem Falle als die Stärkeren erwiesen. Am preussischen Landtage wurde die Herstellung des fehlenden Verbindungsstückes abgelehnt und die Folge davon war, daß eine Anzahl Landräte, die im Landtage gegen das Projekt der Regierung gestimmt hatten, ihres Amtes entsetzt wurden. Die gemächseligen Landräte hatten allerdings ihre Entsetzung nicht zu bedauern, denn sie sind fast durchweg die Treppe hinaufgefallen. So wurde der damalige Landrat von Dohnitz schließlich preussischer Minister, der Schmappe-Kreth stieg zur Würde eines Regierungsrates empor, und auch eine Anzahl der anderen Landräte ist in höhere Ämter befördert worden. Diese Tatsache wird geradezu einen Keim für die Konföderativen bilden, nun erst recht gegen den Ausbau des Mittellandkanals zu kämpfen; und wenn die materiellen Interessen vieler Herren in Frage kommen, dann sind für sie auch strategische Gründe keineswegs durchschlagend. Doch der Ausbau des Mittellandkanals eine Notwendigkeit ist, kann im Ernst nicht bestritten werden. Wenn für die Konföderativen kommen Gründe allgemeinerer Art dann nicht in Frage, wenn sie glauben, dadurch in ihrem Privatinteresse verfürzt zu werden. Man wird ja sehen, ob das Kriegsministerium die Konföderation aus den Darlegungen des Großen Generalstabs zieht, und ob die Herren von der Militärverwaltung dann den Mut haben werden, den Kampf mit den Zuckern aufzunehmen.

Die Allmacht der preussischen Polizei vom Oberverwaltungsgericht bestätigt. Am 29. November 1911 fand in dem Vereinsbau zu C. eine Versammlung der Mitglieder des polnischen Gelangvereins „Gdwin“ zwecks Erneuerung von Gelangverbindungen statt. Während der Uebung erließen in dem Zimmer, in welchem der Verein sich befand, der Polizeikommissar W. und scheidet sich die Namen derjenigen Anwesenden auf, die noch nicht 21 Jahre alt waren. Als Vorsitzender des Vereins hat der Polizeikommissar W. in C. bei dem Freikassendirektor gegen den Kammerdirektor in C. mit

der Begründung, daß das Erscheinen des Polizeikommissars infolge eines Auftrages des Kammerdirektors geschehen sei und somit eine im Verwaltungsverfahren anfechtbare polizeiliche Verfügung enthalte, Klage erhoben und beantragt, das Eindringen des Beamten in die Gesangsstunde des Vereins für unzulässig zu erklären.

Das Ministerialblatt für die innere Verwaltung teilt nun mit, daß Freikassendirektor, Bezirksausführer und Oberverwaltungsgericht abweichende Entscheidungen gefällt haben. In dem letztinstanzlichen Urteile heißt es: „Da die Verhütung strafbarer Handlungen in den Rahmen der polizeilichen Aufgaben fällt, ist die Polizei stets für Befugte erschüttert worden, in diese Räume einzudringen, wenn der auf tatsächlichen Vorgängen beruhende Verdacht begründet war, daß in der Versammlung strafbare Handlungen würden begangen werden. Dieser Grundhalt gilt auch unter der Herrschaft des Reichsverordnungs-Gesetzes, wie sich aus der Entscheidung vom 24. Januar 1911 (Kreis. Verwaltungsblatt Jahrg. 32, S. 116) ergibt. Wenngleich diese Entscheidung sich in erster Linie mit dem Ueberwachungsrechte der Polizei bei öffentlichen Versammlungen beschäftigt, so treffen die Ausführungen in ihrem zweiten Teile doch auch auf geschlossene Vereinsversammlungen zu.“

Da man so ziemlich alle Maßnahmen der Polizei unter die vom preussischen Oberverwaltungsgericht aufgestellte allgemeine Formel bringen kann, so ist auch dieses Urteil des Oberverwaltungsgerichts ein starker Eingriff in das Vereins- und Versammlungsrecht. Es entspricht nicht den Erklärungen der Regierungsvertreter im Reichstage bei Beratung des Vereinsgesetzes, nach welchen das Gesetz lokal gebündelt werden soll.

Die Unternehmer-Interessen über alles. Als im vorigen Jahre der langwierige Streik der Waggonarbeiter in Kassel im badischen Landtag besprochen wurde, stellte sich der Abg. für Kassel, der freisinnige Rechtsanwalt Dr. Vogel, nicht bedingungslos auf die Seite der Kasserer Unternehmer. Er ließ auch den Forderungen der Arbeiter Gerechtigkeit widerfahren. Das haben ihm die Fabrikanten, soweit sie nationalliberal sind, nicht vergessen. Die Zeit der Klage ist jetzt gekommen. Nachdem Vogel wiederum als Landtagskandidat aufgestellt war, proklamierte er am Mittwoch eine nationalliberale Kandidatur in der Person des Gemeinderats Riederhöhl. Dazu sind sie aber noch dem zwischen den badischen Fortschrittlichen und den Nationalliberalen für die Landtagswahlen abgelaufenen Blockabkommen nicht berechtigt, da für den Wahlkreis Kassel-Stadt die Fortschrittlichen den Kandidaten zu stellen und die Nationalliberalen für ihn einzutreten haben, weil wiederum in einer Anzahl Wahlkreise die Fortschrittlichen im ersten Wahlgang für den nationalliberalen Kandidaten stimmten. Aber die Unternehmerinteressen gehen den Kasserer Nationalliberalen über parteipolitische Abmachungen, denn sie stimmten schon am 22. Juni durch ihre Vertreter auf der nationalliberalen Landeskonferenz gegen das bekannte Teilabkommen mit der Sozialdemokratie. Wird die Kandidatur Riederhöhl nicht wieder zurückgegeben, fällt der Kreis an die Reaktion, denn das Zentrum ist bereit, die nationalliberale Kandidatur bedingungslos zu unterstützen.

Rückgang der Mißhandlungen im Heere. Eine Korrespondenz meldet: „Während im Jahre 1896 noch 743 Offiziere und Unteroffiziere wegen Soldatenmißhandlungen bestraft worden sind, brauchten im Jahre 1912 nur noch 225 solcher Bestrafungen einzutreten.“

Wenn die Anzahl der Bestrafungen zurückgegangen ist, so ist dadurch noch nicht festgesetzt, daß auch die Mißhandlungen von Soldaten an sich zurückgegangen sind. Dürfen wir das letztere annehmen, so ist dieser Rückgang auf die schonungslose Kritik der Sozialdemokraten zurückzuführen.

Die unerbittliche Militärjustiz. Zu der unangenehmen Strafe von 8 Jahren Gefängnis verurteilte das Oberkriegsgericht des 4. Armee-Korps zu Wogdeburg den Militärgefangenen Karl Arends. Arends steht im 31. Lebensjahre und wurde vor fünf Jahren als unfähiger Kantonnist eingezogen. Bis dahin war er völlig unbefristet. Beim Kommiß wendete sich jedoch das Blut: in den Militärjahren hat er sich nicht weniger als 69 Disziplinar- und 7 gerichtliche Strafen zugezogen! Vor dem Kriegsgericht hatte er sich wegen schändlicher (1) sowie von tückischen Angriffen auf Vorgesetzte, Widerstand, Achtungsverletzung und anderer militärischer Delikte zu verantworten. Der Angeklagte hatte u. a. bei einem Plauderstück, den er gelegentlich seiner Ueberführung vom Kasernort nach dem Arrestlokal ausführte, einen ihm entgegenstehenden Feldwebel eine Pulzkiste ins Gesicht geworfen, einen Sergeanten hatte er mit einem Fingerring bedroht und dergleiche Dinge mehr. Der Widerstand wurde darin gebunden, daß er wiederholt Versicherungen wie: „Hoh nicht nicht an, ich kann gewollt schloß werden!“ oder: „Ich folge nicht mehr, ich will meine Freiheit haben!“ den Vorgesetzten gegenüber getan hatte. Der Angeklagte gab die ihm zur Last gelegten Straftaten reißend an, behauptete aber, geistig nicht normal zu sein; gegen Sergeanten z. B. befaßte ihn stets ein Koller. Des Gekränktes wegen verordnete das Gericht auf die Vernehmung von Zeugen und hörte nur zwei ärztliche Sachverständige, die den bedauernswerten Menschen auf seinen Geisteszustand untersuchten, aber nichts anormales gefunden hatten. Der Anklagevertreter beantragte 10 Jahre Gefängnis und Entfernung aus dem Heere, während der Verteidiger der geringen Bildung des Angeklagten wegen bat, nicht über das Mindestmaß hinauszugehen. Das Gericht erkannte, wie erwähnt, auf 8 Jahre Gefängnis und Entfernung aus dem Heere. Ob hier wirklich der Gerechtigkeit Genüge geschehen und nicht doch ein Kranker dem Gefängnis überantwortet ist?

Ceserreich-Ungarn. Die böhmische Landesverwaltung ist banterott. Der Vorsitzende des Landesauschusses Jäzst Kobrowky hat sein Amt niedergelegt und die Vertreter der Großgrundbesitzer 4 Monate. Die Selbstverwaltung des Tschechienlandes

ist vernichtet durch die unheimlichen Rationalitätsdämpfe der bürgerlichen Parteien im böhmischen Landtage. Seit 1903 treiben die Deutschen dort Obstruktion. Ein Budget kam nicht mehr zustande. Steuern kamen nicht mehr ein, die Banken gaben keine Vorläufe mehr, so kam der Bankrott. Am 1. August wurden gerade noch 15 000 Kronen in den Landesbanken sein, während das Land eine Schuldenlast von 114 Millionen Kronen hat. Das Land ist allein mehrere Millionen an Verpflegungsgeldern in auswärtigen Krankenhäusern schuldig. Ein solcher Zustand, dessen Folgen nun alle Steuerzahler tragen müssen, ist nur in Oesterreich möglich. Die Folge ist kommissarische Verwaltung, Steuererhöhung und Exekutionen.

Ein österröcherischer Relegshafen an der Donau. Aus Budapest wird gemeldet: Die Regierung hat die schlaunige Ausgestaltung des Donauhafens Reulak in der Nähe von Belgrad in einen Relegshafen anordnet.

Italien. **Zenerungsunruhen in Turin.** Als Protest gegen die Erhöhung der höchsten Ostrats und die Vertreibung der Lebensmittel haben hier sämtliche Ladenbesitzer, etwa 2000, seit vorgestern ihre Läden geschlossen. Alle Arbeiter sämtlicher Fabriken streikten. Am Sonnabend wollten unter Polizeischutz zwei Konfessionen ihre Läden wieder öffnen, wurden aber von einer tausendköpfigen Menge, die die sofortige Abdankung des Bürgermeisters Bocca verlangte, das Straßenpflaster auf sich und die Schaufenstersteine einwarf, daran gehindert.

China. **Siegreiches Vordringen der Nordtruppen.** Die Einnahme von Hsi-Tschou-Tsu durch die Nordtruppen wird amtlich bestätigt. Auf die Ergreifung des Generals Huangshing, sei es tot oder lebend, sollen 200 000 Taels ausgelegt worden sein. Die Belagerung der Wulungforts hat sich den Nordtruppen angegeschlossen.

Politische Notizen. Die Bemerkung gegen das **Gesetz über Schenkungsbüchlein** soll nach Blättermeldungen bereits am 1. August vor dem Obertribunalgericht Kassel zur Verhandlung kommen. — Der Antrag auf **Aufhebung des Zensurgesetzes**, von der Reichstag im Frühjahr dieses Jahres angenommen hat, liegt den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats zur Beschließung vor. Der Bundesrat wird noch in diesem Jahre zu einer neuen Aufhebungsanfrage Stellung nehmen. Wie verlautet, wird die bayerische Regierung ihren Antrag auf Aufhebung des Zensurgesetzes im Bundesrat wiederholen. — Im ersten Stages und Zweites ist der **Zentrumsgewerkschafter Dr. Reuber** sehr schwer erkrankt. Reuber steht im 83. Lebensjahre. Er vertritt den 8. badischen Wahlkreis Kassel im Reichstage, dem er seit 1871 angehört.

Bauarbeiter-Konferenz

Oldenburg, 27. Juli 1913.

Eine Konferenz der Berufe des Baugewerbes fand hier im Katterhof am Sonntag statt. Erschienen waren 41 Vertreter der beteiligten Gewerkschaften, der Gewerkschaftskartelle und zwei Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Der Vorsitzende der bestehenden Landeszentrale für Bauarbeiter, Genosse Lange, Mitbringen, eröffnete gegen 10 Uhr vormittags die Konferenz und betonte dabei, daß die Konferenz den Zweck haben soll, die Behörden zu veranlassen, den Bauarbeiterlohn mehr zu fördern, als es bisher der Fall war.

Ueber den gegenwärtigen Stand des Bauarbeiterlohnbesuches berichtete dann das Mitglied der Zentralkommission für Bauarbeiter, Genosse Heinke-Samburg. Es ist die vierte Konferenz, die im Bezirk Oldenburg sich mit der Frage des Bauarbeiterlohnbesuches beschäftigt. An der Hand der Zahlen über die Unfallstatistik gibt Redner ein Bild von der Entwicklung des Bauarbeiterlohnbesuches. Alle 10 Jahre werden vom Reichsversicherungsamt außerordentliche Erhebungen veranstaltet. Die Vergleiche zeigen die Fortschritte. Im Jahre kamen bei den Bauergesellschaften 1907 zur Anmeldung von 10 1000 beschäftigten Volksoberarbeitern im Durchschnitt 54,88 Unfälle, wovon 11,22 entfähig wurden. Im Großbezirk Oldenburg kamen 1897 bei 1000 Volksoberarbeitern zur Anmeldung im Durchschnitt 41,10, im Jahre 1907 31,55 Unfälle; entfähig wurden 1897 7,38 Unfälle, 1907 6,65 Unfälle. Es zeigt sich also eine Beringerung der Unfallszahlen. Im Jahre 1907 wurden im Großbezirk Oldenburg bei 1804 Betrieben mit 5863 Volksoberarbeitern 185 Unfälle gemeldet, wovon 35 zur Entfähigung kamen. Im Tiefbau wurden bei der Berufsgenossenschaft gemeldet im Reichsdurchschnitt auf 1000 Volksoberarbeiter 77,44, entfähig 12,95 Unfälle; im Großbezirk Oldenburg stellt sich der Durchschnitt 1897 auf 49,12 entgemäß Unfälle, 1907 auf 61,13, entfähig wurden im Durchschnitt 1897 8,77 Unfälle, 1907 12,54. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug im Bezirk bei 92 Betrieben mit 638 Volksoberarbeitern 39, die Zahl der entfähigten Unfälle 8. Im Tiefbau zeigt sich also eine Steigerung der Unfallsfälle. Soweit sich heute eine Beringerung konstatieren läßt, kann gesagt werden, daß wir die Beringerung gegeben haben, es bleibt aber noch viel zu tun übrig. Im Baugewerbe, wo die Arbeitsplätze ständig wechseln, ist es notwendig, daß die Organisationen in ihrer Tätigkeit zur Bekämpfung der Unfälle nicht erlahmen. Die Konferenz soll nun den Zweck haben, Mittel und Wege zu finden, damit es in bezug auf den Bauarbeiterlohn noch besser wird. Die oldenburgische Regierung hat bei der Forderung nach einem Reichsgesetz für Bauarbeiterlohn den Standpunkt angenommen, kein Reichsgesetz zu beschließen, jedoch als Einzelstaat etwas zu tun. Die Vorschriften, die durch das Normallgesetz für das Baugewerbe als Schutzvorschriften für Oldenburg in Betracht kommen, sind gering. Es ist verfehlt, den Berufsgenossenschaften alles überlassen zu wollen. Die hannoversche Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft hat zwar nicht die schlechtesten Vorschriften, aber alle diese Vorschriften genügen noch nicht, es muß auch von der

Der Kampf um die drei Jahre.

Die Argumente gegen die 3 Jahre.

IV. (Schluß.)

Das neue Gesetz, das vor der Feuerprobe des Senats steht, der sich keineswegs für das Gesetz begeistert, ist eine wahre Mißgeburt. Es strotzt von blutigen Widersprüchen. Das Gesetz der drei Jahre ist in Wirklichkeit ein Gesetz von 32 Monaten, da es vier Monate rechtsgemäßen Urlaubs einräumt. Die Absicht der Regierung war, drei frische Jahrgänge zu gleicher Zeit in der Hand zu haben. Nun bestimmt das neue Gesetz, daß die Jahrgänge von 1910, 1911 und 1912 der Wirkung des neuen Gesetzes entzogen sind. Die Rekruten vom 19jährigen Alter werden mit dem Jahrgang von 1913 die Armee des dreijährigen Dienstes bilden, so daß dieselbe während des Jahres 1914 zwei Jahrgänge ungeratene Soldaten enthalten wird. Wenn man bedenkt, daß der einzige offizielle Grund der Dreijährsmänner darin besteht, die Armee des dreijährigen Dienstes gegen die sofortige deutsche Gefahr zu erhalten, so macht das neue Gesetz den Eindruck eines Humbug.

Die Reaktion mußte sich mit einem prinzipiellen oder parlamentarischen Sieg begnügen. Sie mußte ihre vor einigen Wochen zum Gesetz erhabene verbroderliche Absicht, den Jahrgang von 1911 in der Reserve zu behalten, aufgeben. Die Regierung weicht aus Furcht vor den zukünftigen militärischen Demonstrationen zurück, indem sie die Forderung der Reuterer gegen ihren eigenen Willen erfüllt. Sie tritt dieselbe Maßnahme mit Füßen, der sie noch eben grausame Menschenopfer gebracht hat.

Das Schicksal der nationalistischen Reaktion befriedigt niemand. Statt die Armee zu stärken schwächt es sie. Es zwingt von der bösen Absicht der Reaktion, die eine Armee von Viktorianern, eine Armee des Staatsstreiks, eine Soldatenarmee verlangt, aber zu gleicher Zeit zwingt es von ihrer Ohnmacht. Es spaltete die republikanische Partei. Es gab der schlimmsten Reaktion die Gelegenheit, die republikanische Regierung zum Handlanger ihrer Politik herabzumwürdigen.

Das neue Gesetz wird dauernd im Arbeitervolk, unter den Bauern, sogar im Kleinbürgertum Unzufriedenheit wecken. Seine politische Wirkung ist von großer Tragweite. Es hat die Sozialistische Partei mit dem linken Flügel der bürgerlichen Demokratie auf denselben Kampfboden gedrückt. Ohne jedes Kompromiß konnten unsere Freunde Schulter an Schulter mit den Radikalsocialisten gegen die militaristische Reaktion kämpfen.

Man darf in diesem augenblicklich notwendigen Zusammenhang kein Aufleben der Modifikation erblicken. Die Radikalsocialisten wurden von den Wählermassen in Oppositionstellung gedrängt. Sollten sie nicht von der politischen Bühne verdrängt werden, so müßten sie das tolle Treiben der Reaktion zurückweisen. Die Furcht vor dem Volke war der Anfang ihrer demokratischen Weisheit. Offenbart werden die nächsten Wahlen mit einer stattlichen Anzahl von Vertretern der Demokratie, die den „drei Jahren“ zustimmen, aufzuräumen.

Auch die soziale Wirkung des Gesetzes ist von großer Bedeutung. Sie hat die Einheit des französischen Prole-

tariums zur lebendigen Wirklichkeit gemacht. Nicht bloß war die sozialistische Partei in ihrem großen Kampfe gegen die militaristische Reaktion einig, sondern sie kämpfte Hand in Hand mit den in der Arbeiterkonsolidation organisierten Gewerkschaften. Die Erfordernisse des praktischen Kampfes haben die Partei mit den Gewerkschaften, den anarcho-syndikalistischen Theorien zum Trotz, zusammengeschweißt. Dieser Umstand beweist zugleich, daß der gegenwärtige Kampf gegen die militaristische Reaktion den Charakter eines Klassenkampfes trägt. Die Arbeiterklasse mußte auf den Kampfplatz treten. Und wo die Klasse kämpft, da tritt notwendigerweise die Sekte zurück.

Es ist eine Art Wendung in der Taktik der Syndikalisten eingetreten. Ihre einflussreichsten Wortführer, wie der gelehrte Metallarbeitersekretär Wierheim, ein Mann anarcho-syndikalistischer Konzeption, verzichten nun auf die Frage der revolutionären Organik, treten für eine vorläufige gewerkschaftliche Taktik ein. Als während der letzten Konferenz der Arbeiterböden, die vom anarcho-syndikalistischen Geist besonders erfüllt sind, der Vorstoß gemacht wurde, den Generalkonferenz im Falle der Weichheit des Jahrganges von 1911 im September sofort vorzubereiten, wollten die syndikalistischen Führer davon nichts wissen. Aber die Vergangenheit des französischen Syndikalismus kommt, wird in diesem Vorstoß unbekanntem Verzicht auf Effektivität das Zeichen einer neuen syndikalistischen Wende erkennen.

Die Führer geben dabei zu, daß man in der Vergangenheit antiparlamentarisch und anarcho-syndikalistisch vorging. Selbstverständlich waren die Anarchisten aufrührerisch. Sie reden und schreiben von Verrat. Und die bürgerliche Presse nimmt ihre Stimmen freudig auf. Sie schreibt die Verhöhnung der Furcht vor den Regierungsverfolgungen zu. Das ist Unfug. Schon seit dem Kongreß in Havre 1911 ist diese Stimmung in der Arbeiter-Konsolidation zu bemerken. Die tatsächliche Mitarbeit an den Aktionen der sozialistischen Partei, der Bündis, die organisatorische Schwäche, die mit der anarcho-syndikalistischen Taktik verbunden ist, zu überwinden, das Drängen der Arbeitermassen ebnet den Weg zur neuen gewerkschaftlichen Taktik, die für Frankreich von der größten Tragweite sein wird.

Mit diesen Betrachtungen sind keineswegs alle politischen und sozialen Konsequenzen des neuen militärischen Gesetzes erschöpft. Die Deutungsbfrage steht jetzt im Vordergrund. Da läßt ein neues Töneln ein: Ein Willkürbefehl steht drohend vor der Tür. . . Die Sozialisten werden ihren Patriotismus nicht so weit, um auch ihre Vaterlandsliebe selbst zu bezogeln. . . Neue Kapitel stehen bevor — sie sind schon entzerrt.

Der Balkankrieg.

Die Lage auf dem Balkan hat sich noch nicht verändert. Die Serben und Griechen bleiben den Vermittlungsvorschlägen der Mächte und dem Verlangen, die Feindseligkeiten einzustellen, unzugänglich, so lange Bulgarien nicht Garantien gibt, daß es nach dem Waffenstillstand sofort Frieden zu schließen bereit ist. Wände Bergänge erwecken auch den Serben, als ob die Serben und die Griechen in Sofia den Frieden diktieren wollen. Ueber die Zustände in Sofia erzählt man so gut wie nichts. Man weiß nichts darüber, ob die Demoralisation in der Armee so groß ist,

daß die Verbündeten, die mit den Rumänen sich vereinigt haben, ohne Schwertstreich in Sofia einzusetzen oder ob die Bulgaren ihre Kräfte gesammelt haben zu einem Berzweigungskampfe vor den Toren von Sofia.

Das Vorgehen der Türken, die jetzt das gesamte Land bis zur alten Grenze von Bulgarien besetzt haben, macht den Mächten immer noch Kopfzerren und bereitet den Verbündeten und den Rumänen großes Unbehagen. Haben doch die Verbündeten die Ausdehnung der bulgarischen Grenzen bis Adrianopel erkämpfen helfen. Hat doch dieser Kampf die größten Verluste gefordert. Die Mächte protestieren noch immer. Auch wird die Nachfrist vorbereitet, die Mächte hätten Rumänien aufgefordert, die Türken bis zur neuen Grenze, die in London festgesetzt worden ist, zurückzutreiben. Die Rumänen sollen sich aber bestens dafür bedanken haben.

Recht unliebsam werden die Mächte an ihre Stellung beim Ausbruch des Krieges zwischen den Türken und den Verbündeten erinnert, wo sie feierlich erklärt, der Status quo, das heißt der staatsrechtliche und geographische Zustand solle, der Krieg möge ausgehen wie er wolle, nach dem Kriege so bleiben, wie er vor dem Kriege war. Die Verbündeten hätten sich an diese Erklärung auch nicht gehalten.

Dem Drängen der Mächte folgt die Regierung in Konstantinopel folgende Aumgebung entgegen: Die Worte erinnere an die erste Erklärung Europas beim Beginn des Krieges der Türkei mit den Balkanstaaten, in der das Prinzip der allgemeinen Integrität der Türkei proklamiert worden sei. Man könne nicht glauben, daß Europa die Türkei heute zwingen will, zu versetzen, daß Thracien makedonisches Gebiet und Adrianopel seine ehemalige Hauptstadt sei.

Trotz der aus Petersburg erfolgten Ablehnung des Gerüchtes, Rußland wolle Armenien besetzen, um die Türkei zum Zurückgehen hinter Adrianopel zu zwingen, wird daselbst von London aus wieder verbreitet.

Im übrigen seien folgende Nachrichten wiedergegeben: Ueber die Geflossenheit des Dreibundes beim Vorgehen auf dem Balkan werden aus Berlin offizielle Versicherungen abgegeben.

Die italienischen Gelände in Athen und Belgrad haben Anweisung erhalten, heute bei den dortigen Konsulaten energische Vorstellungen zu machen, daß die Feindseligkeiten beendet werden. Italien könne nicht zulassen, daß der Krieg gegen Bulgarien weiter fortgesetzt werde. Dieser Schritt werde Italien in vollem Einklang mit Österreich-Ungarn, Rußland und Rumänien unternehmen, um zu verhindern, daß die Griechen in Völsirrupel und die Serben in Sofia einmischen.

Der griechische Minister Koromilos erklärte, daß Griechenland seinen Waffenstillstand unterzeichnen werde, ehe es nicht Bulgarien die Friedenspräliminarien aufzuzwingen habe. Selbst wenn Rumänien einen Waffenstillstand abschließen sollte, werde Griechenland im Verein mit Serbien weiter auf Sofia vorzürücken, bis das gewünschte Ziel erreicht sei.

Vom serbisch-bulgarischen Kriegsschauplatz wird gemeldet, daß die Serben am Donnerstagabend wieder einen Erfolg über die Bulgaren erlangen haben. Sie besetzten Markowina (anscheinend bei Trajanum oder Gobeck) ge-

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach. Nachdruck verboten.

Jetzt erhob Bavel seine Augen zu der alten Frau. Jagend, unbefriedigt blickte er sie an. Ob er etwas zu bitten habe, fragte sie nicht mehr, nachdem diese düsteren Augen sie angeblickt und in sie ihnen eine so summervolle, so unzusprechlich tiefe Sehnsucht geleitet hatte.

„Was möchtest du also?“ sagte sie, „so rede!“ Bavel zögerte einen Augenblick, nahm sich zusammen und antwortete ziemlich deutlich und fest: „Ich möchte die Frau Baronin bitten, daß Sie meiner Schwester Milada schreibt, sie möchte mir erlauben, sie zu besuchen.“

Ungebuldig mochte die Baronin mit dem Kopfe: „Das kann ich nicht tun, da müßte ich mich nicht hinein, das ist die Sache der Klosterfrauen. Zu Milada darf man nicht ohne weiteres hinkommen, so oft es einem einfällt, ich darf's auch nicht. Milada gehört nicht mehr uns, sondern dem Himmel. . . Der Wendel.“ richtete sie sich wieder an Dobrecht, „sprich aus immer daselbe, ich begreife nicht, wie man sagen kann, daß er sich geändert hat. . . Und jetzt fahren wir. — Adieu! Wiederwärts, Jakob.“

Der Wagen setzte sich in Bewegung, nur jedoch kaum ein Stückchen weiter gefahren, als die Baronin abermals Halt zu machen befohl, Dobrecht herbeizurufen und fragte: „Was ist's denn mit dem neuen Schullehrer? Warum kommt er nicht? Er hat sich ja heute vorstellen sollen.“ „Morgen, Euer Gnaden, wenn ich bitten darf.“ „Wieso, morgen? . . . Ist denn heute nicht Mittwoch?“ „Ich bitte um Verzeihung, heute ist Dienstag.“

„Dienstag? das ist etwas anders. Ich habe schon geglaubt, der Jüngling, der vermutlich ein gelehrter Biegel sein wird, findet es überflüssig, der Gutsbesitzerin seinen Kratzfuß zu machen. Und wann reifen denn Sie, Schullehrer?“

„Nächste Woche, Euer Gnaden.“

„Recht schade, recht schade um Sie, es kommt nichts Besseres nach.“ sprach die Baronin und fuhr, Dobrecht buld-voll grüßend, davon.

Als der Lehrer sich nach Bavel umschah, stand dieser unbeweglich und feuerrot im Gesicht. „So ist es doch wahr?“ fragte er, so mühsam schlüßend, als ob ihm die Kehle zugeschnürt würde. „Sie gehen fort?“

„Das heißt, ich komme fort.“ erwiderte Dobrecht äßernd: „Ich bin verheiratet worden.“

„Recht weg?“

„Jemlich.“

„Wissen Sie das schon lang, Herr Lehrer, daß Sie verheiratet worden sind?“

„Lang — nicht lang — wie man's nimmt. . .“

„Wann haben Sie mir's nicht gesagt?“

„Wann? hast du's nicht ohnehin erfahren?“

„Aber nicht glauben wollen, dem Herrn Parzer nicht und den andern schon gar nicht. Wenn es ist, habe ich mir gedacht, werden Sie es mir schon selbst sagen. . .“, er vermochte nicht weiter zu sprechen.

Der Anblick von Bavel's schmerzvoller Bestätigung schnitt seinem alten Freunde ins Herz, aber er wollte sich nichts davon merken lassen. „Gönn mir mein Glück,“ rief er nach einigen Augenblicken des Schwärmens plötzlich aus, „denk nur, ich komme unter lauter fremde Menschen. . . Schaut mich einer an, schau ich ihn wieder an, ganz ruhig — fällt mir nicht ein, zu fragen: Was hast du von mir gehört, was müßt du mir Unheimliches zu. . . Die Lösung, die ich zu verdienen verheißt, werde ich haben und genießen — die höchste Lösung, denn wie ein Engel will ich sein, wie ein Geistiger, und sogar die schlechtesten Herle werden zugeben müssen: Das ist einmal ein braver Lehrer! . . . So wird es dort sein, während hier. . .“ er preschte die Hände an beide Schläfen und schaute verzerrt. „Ein Weisfisch,“ fuhr er fort, „ich werde dir ein Beispiel geben, wie es hier ist und wie es dort sein wird. Denk dir eine große Tafel, schmeck dich, die hätte ich mit edlen Reizen beladen sollen, aber halt! diese habe ich dereinst die reine Tafel beschriftet und beschriftet, und wenn ich jetzt tun will, wie ich soll, und schöne Buchstaben zeichnen, kann ich's nicht so ohne weiteres, das tolle Zeug, das schon da steht, muß erst weggeräumt werden. O, wie schmer, nein — unmöglich! . . . Und wenn ich auch meine, es ist ausgesetzt und keine Spur vorhanden — hinter meinen sorgfältig gemalten Vettern kommt es doch wieder zum Vorschein. Wasser von Jahr zu Jahr, so viel-

leicht — was hilft's? — Dafür ist mein Aug empfindlicher geworden, und der Eindruck bleibt sich gleich. . . Verstehst du mich? Das wird nun alles anders. Drüben in der neuen Heimat ist die Tafel blank, wie es von Anfang an gewesen, als sie mir anvertraut wurde. Die Tafel ist mir blank, Verstehst du oder nicht? . . . Unglückselnheit mit Schein, du verstehst kein Wort!“

Bavel wehrte sich nicht gegen diesen Verdacht, ihn beschuldigten andre Gedanken, und plötzlich rief er: „Ich weiß, was ich tu — ich geh mit Ihnen.“

„Das läßt dir nicht einfallen,“ fuhr Dobrecht heraus, sagte aber, um die Schonungslosigkeit seiner Antwort zu vermindern, erklärend hinzu: „Was würde aus deiner Mutter, wenn sie dich nicht finde bei ihrer Rückkehr?“

„Sie kann uns ja nachsehen, wenn sie will,“ entgegnete Bavel und zwangte an seinen Lippen, wie Kinder in der Berlegenheit tun. Und wie einem Kinde sprach Dobrecht ihm zu, sich zu fügen, zu bleiben, wo er war, gab ihm Gründe dafür an und schloß ungeduldig, als Bavel zu allem den Kopf schüttelte: „Endlich! . . . Woher deine Mutter kommt (von der ich übrigens nichts Schöndes glaube), hätten die Leute bald weg und würden fragen: Was für einen Anhang bringt uns der Lehrer ins Dorf? . . . Das kann nicht sein — du mußt es selbst einsehen. . . bedenk dich. . .“ Damit mochte er sich, und indem er den Schwere abtrudelte, der ihm trotz der herfürlichen Rufe aus der Stürze perlte, trat er endlich die Flucht an, um ewigen neuen Vorlesungen Bavel's zu entziehen.

Er hätte sich nicht zu fürchten gebraucht. Der Wunsch erlauchte das Gepräch nicht mehr als die immer näher heranrückende Trennung, wurde nur stiller, trauriger, führte aber sein arbeitsvolles Leben fort und ludte die Gesellschaft seines Vönners nicht öfter auf als zu jeder anderen Zeit.

Und Dobrecht, mit dem Egoismus des Kranken, der seine Sorge aufkommen läßt als die um seine Genesung, wollte nichts wissen von dem Kampf, der sich hinter Bavel's aneinander Stube verberg, wollte nichts wissen von einem Leid, dem abzuheilen ihm unmöglich geworden wäre. Geschieden mußte einmal sein, es geschah am besten Klage. Auch über die tiefe Verstimmung, die ihm die Bekanntschaft mit seinem Nachfolger im Amte bereitete, verlor er keine Worte.

legen, das 40 Meilen nordwestlich von Sofia liegt. Die serbische und die rumänische Armee haben sich nunmehr vereinigt.

Der russische Minister Solonoff äußerte sich gegenüber dem türkischen Botschafter in Petersburg in hohem Grade gekränkt über das Vorgehen der türkischen Armee. Er verständigte den Botschafter, daß Rußland unmöglich dulden könne, daß die Türken über die Linie Enos-Midia hinausgehen, und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß es der Türkei gelingen werde, die Truppen wieder zurückzuziehen. Anderenfalls würde Rußland zum Eingreifen entschlossen sein. Diese Ansicht Rußlands wurde dem türkischen Botschafter in Paris von dem Minister des Auswärtigen schon bestätigt.

Die Friedensverhandlungen, die in Nißh begonnen haben, werden in Bukarest weitergeführt. Bulgarien hat sich bereit erklärt, Bevollmächtigte zu ernennen.

Wenn die Nachrichten aus Sofia wahr sind, so bezeichnet den Vormarsch der Türken nach Bulgarien hinein auch ferner Nord, Brandstiftung und Frauenraub.

Die Cholera folat den Kriegsgeweihten. Amtlichen Nachrichten zufolge ist in Saloniki die Cholera ausgebrochen. Innerhalb des Königreichs Serbien sind bisher 400 Cholerafälle festgestellt worden, von denen 161 tödlich verliefen. Unter den Cholerafranken befinden sich 348 Soldaten und unter den Verstorbenen 138 Soldaten.

Parteinachrichten.

Personalien. Einmal Reize, bisher Berichterstatter an der „Bremer Bürgerzeitung“, tritt am 1. Oktober in die Redaktion des „Hamburger Echo“ ein.

Gewerkschaftliches.

Zur **Verstärkerbewegung.** Die Arbeiter des technischen Betriebes des Bremer Nord in Bremerhaven haben am Freitag zu der Frage über die Arbeitseinstellung Stellung genommen. Eine Abstimmung darüber ergab 1049 für und 455 gegen die Arbeitseinstellung. Die nach den Verbandsstatuten erforderliche Mehrheit ist also nicht erreicht. Die Arbeit wird demnach im Nordbetrieb nicht eingestellt, die Betriebsleitung hat den Arbeitern bestimmte Zulagen gemacht, darauf ist die Zustimmung erfolgt.

In **Einsparungen** wurde am Freitag ebenfalls der Streik beschlossen. Die Arbeiter der Werft von Friedrich u. Comp. in Einswarden hatten sich durch ihre örtliche Verbandsleitung ebenso wie die anderen Werften an der Unterwerfer in Bremerhaven und Oestermünde bei Ledzburger, Seebach und Niskner und des Bremer Luftschiff in Begelsdorf mit den Betriebsleitungen in Verbindung gesetzt, um über ihre von ihnen eingereichten Forderungen eine Verständigung herbeizuführen. Die Unternehmer seigten zum Teil Geizigkeit für eine friedliche Verständigung, konnten aber, wie berichtet wurde, noch keine bindende Zusage machen. Sie werden von den anderen Werften zu dieser Haltung gezwungen; sie dürfen sich also mit ihren Arbeitern nicht verständigen, weil es der Unternehmensverband nicht will. Nachdem die Verständigungsversuche gescheitert sind, haben die Arbeiter auch dort die Arbeit eingestellt. Zunächst am Montag den 21. Juli in Begelsdorf, am Freitag den 25. Juli in Bremerhaven und Oestermünde und am Freitag abend ist nun auch die Einstellung in Einswarden gefallen. Am Sonnabend morgen, 26. Juli, haben die Arbeiter des Werkzeug abgelehnt, sämtliche Arbeiter der Werft haben die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter von Friedrich u. Comp. in Ebersdorf werden nun ebenfalls zu der Frage Stellung nehmen. Wie die Sache dort auslaufen wird, muß abgewartet werden. Die Arbeitseinstellungen auf den genannten Werften an der Unterwerfer

sind in ordnungsmäßiger Weise erfolgt und stehen im Einklang mit den Verbandstatuten.

Die **Ausgabe der Streifenunterstützung** in Hamburg ist am Sonnabend, den 26. Juli, in allen beteiligten Verbänden ohne Störung erfolgt. 800 Delegierte und Vertrauensmänner der Holzarbeiter nahmen am Freitag den 25. Juli eine Entschädigung an, die den Streikenden die Sympathie der Holzarbeiter ausdrückt, von dem Vorstand eine Herabsetzung seines bisherigen Standpunktes erwartet und die Unterlegung aus lokalen Mitteln befreit. Die Erhebung eines Extra-Beitrages wurde gegen eine große Minorität abgelehnt. Eine außerordentliche Generalversammlung der Holzarbeiter in Hamburg erklärte in einer Resolution, daß der Streik statutorisch nicht berechtigt ist. Da die beteiligten Holzarbeiter aber in den Kampf hineingezogen wurden, und in Anbetracht der ernsthaften Situation und der musterhaften Solidarität könne die Generalversammlung das Verhalten des Vorstandes nicht billigen. Den streikenden Kollegen wurde die vollste Sympathie ausgesprochen und ihre Unterstützung aus lokalen Mitteln beschossen.

Soziales.

Ueber die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Stuttgart. Die am 1. Oktober 1912 nach dem Genter System eingeführt wurde, wird jetzt der erste, auf ein halbes Jahr sich erstreckende Bericht erstattet. Das Genter System der Zuschussleistung an die Mitglieder der angegliederten Berufsvereine wurde in Stuttgart erweitert durch Zulassung von Einzelparen und Sparvereinigungen. Den Anstoß an die Arbeitslosenunterstützung der Stadt haben im ersten Halbjahr 44 Gewerkschaften und 2 Sparvereinigungen vollzogen; außerdem wurden von 22 Einzelparen Einzugsleistungen auf die besonderen Arbeiterverbände gemacht und damit das Recht zum Bezug der Unterstützung erworben. Im ersten Halbjahr meldeten sich 943 Arbeitslose und zwar 414 Ledige und 529 Beherbergte mit 777 Kindern unter 14 Jahren. Davon wurden 145 Arbeitslose unter Verzicht auf das Statut abgewiesen. In den Genuss der Arbeitslosenunterstützung gelangten 708 Personen und zwar 329 Ledige und 469 Beherbergte mit 679 Kindern. Die meisten Unterstützungsempfänger gehörten dem Holzarbeiterverband an, es folgen die Verbände der Buchdrucker, der Zimmerer, der Metallarbeiter, Buchbinder usw.; 19 Unterstützte gehören Sparvereinigungen an, drei wurden Einzelparer. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit dauerte 16,4 Tage. An höchstem Zuschuss wurde in 892 Fällen die Summe von 9746 Mark bezahlt oder 10,92 Mark pro Tag.

Ein **abschließendes Urteil** über die Einrichtung will der amtliche Bericht bei der Kürze der Praxis noch nicht fällen. Er weist nur auf die große Geldfördervermehrung hin, die dem städtischen Arbeitsamt durch die Angliederung der Arbeitslosenversicherungen ermöglicht sei, und betont, daß eine befriedigende Kontrolle über die tatsächliche Arbeitslosigkeit und die Unmöglichkeit, anderweitig Arbeit zu erhalten, sehr erschwert sei. Auch die Gewerkschaften seien in den meisten Fällen lediglich auf die Ausgaben der Arbeitslosen selbst angewiesen. Während die organisierte Arbeiterschaft sich die Einrichtung in weitgehendem Maße zunutze zu machen suche, habe die Möglichkeit des Anschlusses von Einzelparen wenig Beachtung gefunden. Das ist erklärlich, denn der Arbeiter, der überbaupt über keine Tage und keine Zukunft nachdenkt, sieht sich seiner Gewerkschaft an, die für den Fall der Arbeitslosenversicherung angegeschlossen ist. Zur Säkularisation von Streitfällen über die Anwendung des Statuts besteht ein Schiedsgericht, das sich aus dem Refe-

renten des Gemeinderates für die Arbeitslosenunterstützung und je einem Unternehmer, und Arbeitermitglied der Kommission für das städtische Arbeitsamt zusammensetzt. Dieses Schiedsgericht hatte über 11 Fälle zu entscheiden, von denen 4 zugunsten der beschwerdeführenden Arbeiter, die übrigen abweisend erledigt wurden.

Bemerkenswert mag noch sein, daß der städtische Zuschuss für die Mitglieder der Berufsvereine auf 50 Prozent der Leistung dieser Vereine, höchstens 1 Mark täglich festgesetzt ist. Dieser Zuschuss erhöht sich für jedes Jahr unter 15 Jahren um 5 Prozent der Leistung des Berufsvereins, höchstens jedoch 25 Prozent. Der Gesamtbetrag des Zuschusses kann demnach 1,25 Mark pro Tag nicht übersteigen.

Sokales.

Nürtingen, 28. Juli.

Die **Parteiversammlung** nahm am Sonnabend zunächst den Bericht von dem Stande der Kreis- und Ortskassen entgegen. Die Kreisliste schließt in Einnahme für das verfloßene Quartal mit 2927,40 RM., in Ausgabe mit 2998,58 Mark ab, die Ortsliste mit 3822,50 Mark und 3829,56 RM. — Die Neuwahl des Landesvorstandes ergab anteile der ausstehenden Genossen Meister, Schrön und Morisse die Wahl der Genossen Groenewald, Dood und Reister. Die Kreiskommission wurde in der alten Zusammenetzung durch Affirmation wiedergewählt. Zum Vorstand in Jena wurde beschlossene, das dem zweiten obdenburgischen Reichstagswahlkreis zugehörende Delegationsrecht von zwei Delegierten nicht voll auszunutzen, sondern sich mit der Entsendung von einem Delegierten zu begnügen. Als Kandidaten für den Parteitag wurden die Genossen Krösel mit 157 und Eng mit 79 Stimmen aufgestellt. Die Wahl des Delegierten für den Parteitag wird in einem der nächsten Sonntage durch Urabstimmung vorgenommen. Für kommenden Sonnabend abend hat der Vorstand zu einem Vortrag über das jetzt aktuelle Thema „Maffenfreie!“ den Genossen Dr. A. Pannekoek aus Bremen gewonnen. Von einigen Rednern fand die Antwort des Referenten Kritik, der vom Vorstand nicht entgegengetreten wurde. Die Versammlung beauftragte sodann den Vorstand, dem Genossen Pannekoek einen Korreferenten entgegenzustellen und deshalb mit Paepflow, Legiert, Silbermann und einem hiesigen Genossen in Verbindung zu treten.

Schmiede, Ciettrier und Klempner beruft der deutsche Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Rüstingen-Wilhelmsbaven, zu heute Montag abend, punkt 8 1/2 Uhr, zu einer wichtigen Versammlung ein. Neben einem anderen wichtigen Tagesordnungspunkt findet auch die Wahl eines Delegierten zum Bauarbeiterkongress in Leipzig statt. Die Versammlung ist zu Halmsland in der Grenzstraße einzuberufen.

Gegen den Ledigenabzug im obdenburgischen Verbandsgebiet nehmen die Beamten jetzt in den bürgerlichen Blättern des Herzogtums Stellung. So schreibt der „Gemeinnütze“ darüber: „Bei der Annahme des obdenburgischen Verbandsgesetzes wurde einem Teil der Beamten, Hilfsbeamten und staatlichen Arbeiter mit dem Freudenlohn ein Vermutungslohn befehrt, der sogenannte Ledigenabzug. Dieser Abzug hat wohl auch die Mehrheit der Landtagsabgeordneten zugestimmt, um die ganze Vorlage nicht zu Fall zu bringen. Die von dem Ledigenabzug Betroffenen empfinden diese Art Versteuerung jedenfalls als eine Härte und das mit Recht. An sich mag eine Besteuerung der Junggeheilen schon aus dem Grunde am Platze sein, weil diese im allgemeinen ein freieres, ungebundenes Leben führen können, und nicht mit einem solchen

Dieser junge Mann, Herr Georg Klodt, war einige Tage später eingetroffen, als er erwartet worden, hatte sich an der Verwunderung ergötzt, die Hohrecht darüber äußerte, und auf die Zumutung, ins Schloss zu gehen, um der Frau Baroin seine Aufmerksamkeit zu machen, geantwortet: „Recht gern, wenn sie jung und schön ist. Sonst habe ich mit Baroininnen nichts zu tun und auf ihren Schößlern nichts zu suchen.“

„Aber“, meinte Hohrecht, „die Höflichkeit gebietet ...“ „Nicht jedem; ich zum Beispiel, bin ohne Baroinette.“ Er tat sich darauf etwas zu gute, fast so arm zu sein wie Hühner und ganz so stolz wie Diogenes, bezog die Schule an der Spitze eines Koffers, eines Bettbrettes, eines Tischchens, eines Stuhls, fand sich für den Anfang genügend versorgt und dankt ablehnend für die Bereitwilligkeit, mit der sein Vorkehr im Antje ihm einiges Hausgerät zur Verfügung stellen wollte.

So wanderte denn Hohrechts Mobilier in die Hütte an der Sandgrube, vom Volksmund schlechweg „die Grubenhütte“ getauft, und nahm sich dort ordentlich heimlich an, erregte auch vielwachen Neid. Die Leute lachten Hohrechts Gehmut gegen Babel unbegründlich und faum zu verstehen. Klodt aber machte sich über das Verhältnis zwischen den beiden seine eigenen Gedanken und hatte keinen Grund, sie dem „Kollega“ zu verheimlichen.

Am Vorabend des für Hohrechts Abreise bestimmten Tages suchte er ihn auf und fand ihn in der Schulstube, wo er, am Fenster stehend, in ungeduldiger Erwartung auf die Strafe blinnte. Als der Eintretende ihn anriep, sah Hohrecht sich um und sprach:

„Sie sind's — gut, gut, es ist mir lieb, daß es kein anderer ist.“

„Welcher andere denn?“ „Nun, der Babel, wissen Sie, Aufrichtig gefanden, ich beobachtete, mich heute schon und zwar ohne Absicht davon zu machen ... des Babels wegen. Ich gehe freundlich von hier fort, kann's nicht verbergen, und das tut ihm weh. So habe ich mich bei der Frau Baroin und beim Herrn Warrer empfohlen und laßte ab, bevor Babel nach Hause kommt. Habe mir ein Bäckchen bestellt — drüben an die Wittertür ... es sollte schon da sein.“

Er eilte wieder an das Fenster und bog sich weit über die Brüstung. Der Wind zerhaute ihm die spärlichen

Haare, in dünnen Strähnen umflogen sie seinen Scheitel und sein Gesicht, das so alt ausah und so wenig harmonierte mit der noch jugendlich schlanken und beweglichen Gestalt. Er trug den schwarzen Anzug, den ihm sein Vater zur letzten Prüfung hatte machen lassen, und der, auf eine förmliche Aufnahme des Belegers berechnet, die nie eintrat, die bageren Glieder um so flagelicher schlatternd umhing, als das Tuch fadencheiniger und seine Hölten weicher geworden waren.

Klodt musterte ihn durch die schrägen Gläser des Zwickers und sprach: „Wie lange sind Sie denn hier Schulmeister gewesen?“

„Einquanzig Jahre.“ „Und noch einundzwanzig Jahren machen Sie sich aus dem Stand, als ob Sie etwas gestohlen hätten? Verderben den Kindern die Freude einer Abschiedshuldigung und den Großvater die eines Festessens ... und das alles, um Ihren Bäckchen nicht weinen zu sehen? Sonderbar! Es muß ein eigenes Bemadntnis mit Ihnen haben, Kollega, Wie?“

Hohrecht erblickte unter dem inamitorischen Blick, der sich auf ihn richtete, „Was für eine Bemadntnis?“ fragte er, und die Zunge liehte ihm am Gaumen.

„Erwidern Sie doch nicht vor mir — mir ist nichts Menschliches fremd.“ entgegnete Klodt voll Ueberlegenheit. „Aufrichtig, Kollega, bekennen Sie! War die Rutter Ihres Bäckchen, die übrigens jetzt im Justizhaus sitzen soll, ein schönes Weib?“

Hohrecht begriff die Bedeutung dieser Frage nicht gleich; als sie ihm jedoch klar wurde, lachte er laut auf, lachte immer munter, immer heller und rief in frohlichster Erregung: „Ain — so etwas! O, Sie Kreisrichter, Sie! Nein, daß ich heute noch einen solchen Spaß erlde! ... Der Jesus, was Sie doch geliebt hat!“ Er brach in ein neues Gelächter aus. Der frohhaft empfindliche Mann, den die letzte Anspielung auf einen auf ihn selbst erregten Kramohn in allen Begegnungen verbunden, fühlte sich durch den jeder Veranlassung entbehrenden wie gereinigt. Kein Lob, keine Schmehrede hätte ihn so herzlich beglücken können, wie seines Nachfolgers falsche und nichtswürdige Vermutung es tat. Er bemerkte nicht, daß er beleidigte mit seiner Lustigkeit, er wurde förmlich übermütig und rief: „Ich wollte, Sie hätten recht; es wäre besser für den Bäckchen. Aber Sie haben nicht recht, und sein Vater ist noch häufiger

am Galgen gestorben. Ein Unglück für den Sohn, das ihm als Schuld angedreht wird. Man muß ihn in Schug nehmen gegen die Dummheit und Bosheit. Ich hab's getan, tun Sie es auch, verpreden Sie mir das.“

Klodt nickte mit huerlicher Miene, im Innern aber blähte er sich gütig auf und dachte: Zum Lohn dafür, daß du mich seinetwegen verpötelst hast? Das wird mir einfallen!

Inzwischen vernahm man durch die Nachmittagsstille das langsame Gerahumpeln eines Leiterwegens. „Meine Belegenheit!“ sprach Hohrecht, hob das Kesslein vom Boden und lud es mit Klodts Bille auf seine Schulter. Jede andere Dienstleistung, besonders das Gelingen zum Wogen, verbat er sich und eilte davon, ohne einen Blick zurückzuwerfen nach der Stätte seiner langjährigen Tätigkeit. Keine Regung der Behmut beschlich beim Scheiden seine Brust. „Jahre!“ rief er dem ihn begrüßenden Bäuerlein zu, „und wenn dich jemand fragt, wen du führst, so sag — einen Bräutigam, sag's getrost; es ist schon mancher zur Hochzeit gefahren, der nicht so guter Dinge war wie ich.“ Damit flatterte er in den Wagen, streckte sich der Länge nach in das dicht aufgestreute Stroh und kommandierte juchzend: „Hi — ei!“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

„**Verstärker Antichrom für Neurotiker.**“ Nach langjähriger Erörterung bearbeitet von Dr. Waller (680 Mt.), 8. Auflage. Leipzig, Verlagsbuchhandlung Edmund Tempel. Das Wort Antichrom ist nach dem Verfasser unpassend, denn es bezeichnet nur Neurotiker. An unserm Fall, so fährt er aus, handelt es sich aber um Verunsichertheit des Gehirns, des Rückenmarks oder des Sympathikus. Früher sprach man auch von nervöser Erschöpfung, Komotität usw.; es sind dies lauter Bezeichnungen, die so wenig sagen wie: Internum und Reichlich, denn der aufmerksame Beobachter wird bald herausfinden, daß die Komotität Nebenbese, das Grundbeden, verfehlter Hoffentlich, wegen Baroinische, Nerven und Gehirnsche die Komotität ist. Die Neurotiker ist durch Selbstentzückung zum Darme aus bebing. Neben der Neurotiker lauten noch verdrückende Krankheiten, wie Gehirnische, Rückenische, laßt Kraxenverstellung. Verfasser geht nicht auf die Ursachen näher ein und gibt Mittel und Weg an die Hand. Die Neurotiker zu verhalten, oder die schon bestehende zu befestigen.

großen Sorgenbündel durchs Leben zu schleppen brauchen, wie die Familienväter. Andererseits muß aber auch bei etwaiger Beseitigung der Junggeleiten von ganz anderen Grundfragen ausgegangen werden. Die Beamten empfinden es mindestens selten, daß nur sie mit dieser Sonderabgabe bedacht sein sollen. Sodann ist es nicht billig, daß junge Leute im Alter von 17 bis 25 Jahren, die ohnehin erst geringe Löhne beziehen und gar nicht imstande sind, zu bezahlen, eine jährliche Einbuße von 72 Mark an ihren Bezügen erleiden. Dieser Abzug erhöht sich bei der etwa-mäßigen Anstellung sogar jährlich auf 125 bis 150 Mark. Wollte man die Junggeleiten treffen, so müßte jedenfalls eine bestimmte Altersgrenze festgelegt werden, denn in der gegenwärtigen Zeit ist es den staatlichen Angestellten kaum möglich, vor dem dreißigsten Lebensjahre in den Gehstand zu treten, weil sie bis dahin außerstande sind, eine Familie zu ernähren. Dasselbe gilt auch für die meisten Hilfsbeamten und Arbeiter. Das System des Ledigenabzuges steht im obdenburgischen Verordnungsgebiet einzig da. In allen anderen Staaten wird nach dem Grundsatze: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn" verfahren. Selbst die Wohnungsgeldzuschüsse werden in den Staaten, wo solche eingeführt sind, sowohl den Verheirateten als den Ledigen gleichen Standes in gleicher Höhe ausbezahlt, von einer einzigen Ausnahme (in Süddeutschland) abgesehen. Auch unsere obdenburgischen städtischen Behörden haben von der Einführung eines Ledigenabzuges bei der ständigen Gehaltsregulierung Abstand genommen. Die Beamtenhaft wird daher nichts unerwünscht lassen, die Abschaffung des Ledigenabzuges zu erzielen, weil er als eine Ungerechtigkeit empfunden wird. Sollte zur Ausführung des Ausfalls die Einführung einer allgemeinen Junggeleitensteuer erforderlich sein, so sind die ledigen Beamten gerne bereit, zu ihrem Teile dazu beizutragen. Eine solche Festsetzung ist jedoch auch nur dann berechtigt, wenn die davon Betroffenen eine gewisse Altersgrenze überschritten und keine Angehörigen zu unterhalten haben. Um selber die drückende Ausnahme-besteuerung loszuwerden, ist es nicht angebracht, Stimmung für eine allgemeine Junggeleitensteuer zu machen. Die allgemeine Junggeleitensteuer ist nicht gerechter dadurch, daß sie weitere Rechte trifft.

Der Rittersverein Neuende hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung im Festsaal des Hotels in Neuengroden ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Müller durch Erheben von den Sigen. Aufgenommen wurde ein neues Mitglied. Die Abschreibung vom Sommerfest in Neuengroden ergab in Einnahme 68,20 Mark, in Ausgabe 63,30 Mark, mithin 4,90 Mark Ueberschuß, der zur Weihnachtsfeier mit verwendet werden soll. Vorsteher Kriß fand die Halle des Friedensstraße als Einbaltung wieder einzuführen. Zu der Vollbesetzung in Neuengroden wurde beschlossen, nachzusuchen, ob dieser Stadteil nicht, nachdem die Fried-Neuer-Strasse durchgebaut ist und nach Beleuchtung hat, Ortsbestellung erhalten kann. Damit würde den Einwohnern des Stadtteils Neuengroden ein schon länger ge-wünschtes Verprechen erfüllt.

Der Amtsarzt, Dr. Theodor Janßen, eine hier all-gemein bekannte Persönlichkeit starb gestern morgen im Alter von 47 Jahren.

Der gestrige Sonntag mit seinem wunderhübschen Wetter lockte tausende aus der drückenden Enge der Häuser-mauern ins Freie. Den Hauptausgangspunkt boten Döfen und Teich. Besonders die Badeanstalten wiesen gegen Abend guten Besuch auf. Am stärksten in Anspruch genommen war von Badegästen sowohl wie auch Fußbauern das Freibad am Fort Heppens. Günstig gewählt hatten die Vereine und Korporationen, die gestern ihre Sommerfeste veranstalteten, so die Bauarbeiter, die Metall-arbeiter und der Biochemische Verein. Alle drei Veranstaltungen wiesen starken Zutwuf auf und nahmen einen allgemein befriedigenden Verlauf.

Widerlicher Anblick. Gestern abend gegen 1/2 11 Uhr lag am Rande des Bunter Weges im Stadtteil Bodan eine total betrunkene Frauenperson. Einer der Vorübergehenden brachte es fertig, die Frau noch in den Graben zu stoßen, statt dafür zu sorgen, daß die Betrunkene von dort weg-gebracht wurde.

Eine originelle Ausstellung von Blumenbältern und -ständen der verschiedensten Art ist im Hause Peterstraße 2 zu beobachten. Für Blumenfreunde und alle, die auf Bal-lonen und an Feiern oder anderen Orten Blumen und Gewächse pflügen, bietet die Ausstellung allerlei beachtens-werte Neuerungen.

Neuerung im Fernsprechwesen. Anmeldungen von Gesprächern am Fernsprecher muß nun bekanntlich die Nummer des gewünschten Teilnehmers beifügen. Jeder, der häufiger dieses Verkehrsmittel benutz, weiß aber, daß unter Um-ständen das Amt auch Gespäche vermittelt, wenn man nur den Namen der verlangten Sprechstelle beim des Teil-nehmers weiß. Diese Möglichkeit ist jetzt vom Reichspostamt ausdrücklich in die Dienstvorschrift für die Fernspr-echanten aufgenommen worden. Ausnahmeweise, heißt es darin jetzt, dürfen auch Gespächsanmeldungen, die nicht auf die Nummer, sondern auf den Namen der verlangten Sprechstelle lauten, angenommen werden. Die Anmel-denden sind in solchen Fällen ausdrücklich darauf hinzu-weisen, daß Verzögerungen in der Herstellung der Ver-bindungen unausbleiblich seien, weil die Vermittlung der Anrufnummer geraume Zeit beansprucht. Im übrigen wiederholt der Beamte der Vermittlungsstelle die wesentlichen Angaben und fügt hinzu: „Bitte, hängen Sie an, Sie werden angerufen werden.“ Befremdlich gibt es auch sogenannte Geheimanschlüsse, das sind Anschlüsse, deren Nummern auf Wunsch des Inhabers nicht in das Teilnehmerverzeichnis aufgenommen worden sind. Auch auf diese wird der allgemeine Grundfag angewandt, daß Ver-bindungen nur ausgeführt werden, wenn die Anmeldungen unter Angabe der Nummer des verlangten Anrufes erfolgen. Auskunft über betragliche Nummern wird über-

haupt nicht erteilt. Es macht dabei keinen Unterschied, ob der Teilnehmer die Auskunft über seine geheime Anruf-nummer für zulässig bezeichnet hat oder nicht.

Wissenswertes, 28. Juli.

Wer baut am schnellsten Kriegsschiffe? Diese Frage be-antwortet im „Berl. Tageblatt“, dessen Marineabteilungs-berichter, Perkus, nach Vergleichen, die einEngländer Burgoyne angestellt hat. Danach hat England schneller und billiger als irgend eine andere Macht. Von der Kielstreckung bis zur Indienststellung wurden bei 24 Schiffen durchschnittlich 26,97 Monate benötigt. Deutschland brauchte bei 11 Schiffen durchschnittlich 35,56 Monate. Der englische Schlachtkreuzer „König“ kostete für die Tonne 78,4, der deutsche Schlachtkreuzer „Moltke“ 95,3 Pfund Sterling, obgleich das englische Schiff schwerer gewanzert und schneller ist. Die Kosten des Viniendiffis „Monarch“ betragen 83,8 Pfund Sterling pro Tonne, die der deutschen „Thüringen“ 102,7 Pfund Sterling pro Tonne. Die nordamerikanische „Delaware“ hat einen Erbauungspreis von 92,5 und die fran-zösische „Danton“ einen von 122,5 Pfund Sterling per Tonne.

Einem belagerten Anfall ist, wie das „Tagebl.“ meldet, am Freitag nachmittag das achtfährige Schulmädchen B., das einzige Kind des Arbeiters B., zum Opfer ge-fallen. Das Mädchen spielte kurz vor 6 Uhr auf einem Sandhaufen, der im Hof des im Neubau befindlichen Grundstückes an der Ecke der Wall- und Bärenstraße lagert. Auf dem Hofballen des dritten Stockwerks hatten die beim Bau beschäftigten Mauer nach Feierabend eine Doppelleiter zur Seite gestellt. Die Leiter lag nun, da sie ansehend nicht genügend besetzt war, über dem Ballon und traf das ahnungslose Kind, das schreiend zu Boden fiel, auf den Kopf. Man hob die Vermisste auf und brachte sie in das Krankenhaus, wo sie nach wenigen Stunden von ihren Leiden erlosch wurde.

Aus dem Lande.

Jezer. Warnung. Die Angehörigen des auf der Jagd verunglückten Jagdführers Behr bitten uns mitzutheilen, daß das Gerücht, Behr wäre beim Wildern erschossen worden, falsch ist. B. war ein guter Freund von dem unglücklichen Schützen Martens aus Cleverns und ihm ist das Unglück nur aus Versehen passiert. Die Angehörigen des Er-schossenen werden mit Hilfe der Berichte eine etwaige Weiter-verbreitung des angeführten unzutreffenden Gerüchtes, das geeignet ist, den Verunglückten herabzusetzen, verfolgen.

Oldenburg. Eine Geheimnismutung hat im Na-tionalratte gefunden. Während sonst über vertrauliche Sitzungen des Stadtrats kurz berichtet wird — über diese Geheimnismutung hat man sich ausgelassen, fürchtete man so sehr den Sturm der Entrüstung, daß man nicht einmal wagte, anzudeuten, was in der Geheimnismutung im Na-tionalratte beschlossen ist? 5000 Mk. für ein Bild zum Jubiläum des Infanterie-Regiments, 1500 Mk. zur Aus-schmückung der Stadt und 1000 Mk. für Bewirtung hat der Stadtrat aus dem Steuerladel genommen, also ins-gesamt 7500 Mk. Uns genügt es, den Beschluß der Geheimnismutung öffentlich bekannt zu geben.

— Die am 4. August geplante Hollandfahrt findet bestimmt statt und gelangen Ratten hierzu vom 26. August an zur Ausgabe.

— Ein großes Fliegerrennen findet am Sonn-tag, 3. August, auf der Rennbahn in Bielefeld statt.

Wardenburg. Einen schweren Unfall erlitt hier der Landmann V. aus Streß, indem ihm am Eingang des Ortes ein Hund vor sein Rad sprang und V. dadurch zu Fall gebracht wurde. Drei Rippenbrüche und eine schwere Gehirnerschütterung waren die Folgen des Sturzes.

Delmenhorst. Von einem Wagen überfahren und erheblich verletzt wurde am Sonnabend vormittag, etwa um 11 Uhr, Herr Votterie-Einnehmer Richard Bahfel, als er auf einem Fahrrad vom Kirchplatz aus in die neue Hofstrasse einbiegen wollte. Als er aus dem Kreuzungspunkte vor der Hofstrasse einem Fußfahrer auswich, wurde er in demselben Augenblick von einem aus anderer Richtung kommenden Wägen angefahren, so daß er zu Fall kam, erhebliche Kopfwunden davontragend und das Hinterrad des Wagens über seinen Arm fuhr. Der Verunglückte wurde, zumal er starken Blutverlust erlitt, in das „Café Zentral“ gebracht, wo auch bald Herr Dr. Wölffeld die erste Hilfe leistete. Die Verletzungen sollen mehr äußerlich sein, jedoch der Verletzte nach Anlegung der nötigen Verbände in seine Wohnung gebracht werden konnte.

— Wegen Zerrüttungen von elf großen Spiegelgehäusen mit einem Handbell in Geschäftshäusern der Oldenburg- und Langstraße hatte sich der in Osterwald gebürtige, zuletzt in Delmenhorst ansässige Arbeiter Reime vor der Strafkammer in Oldenburg zu verantworten. R., der den Einduf eines überspannten Menschen macht, wurde wegen Sachbeschädigung zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.

— Einen schweren Unfall erlitt ein Dachdecker hierseibst, der Ausbesserungsarbeiten auf dem Dach eines hohen Gebäudes vornahm und dabei abfiel. Der Ver-unglückte hat mehrere Knochenbrüche erlitten und wurde dem R.-E-Krankenhaus zugeführt.

Einsparungen. Wie schon in der letzten Nummer kurz berichtet, haben auch die Werftarbeiter in Einsparungen die Arbeit eingestellt und geschlossen den Betrieb, die Wert von J. Ferrius u. Comp. u. G., ver-ließen. Auch auf der Einsparer Wert sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derart, daß unbedingt Remedur ge-schaffen werden muß. Die von den Werftarbeitern ein-gereichten Forderungen sind, abgesehen von einigen ört-lichen, im großen ganzen die gleichen, wie sie schon im Volksblatt besprochen wurden. Verhandlungen über die eingereichten Vorschläge wurden von der Direktion ab-gelehnt, weil, wie man zu behaupten beliebt, sie hierzu nicht kompetent sei. Die Werftarbeiter wollen keine fried-

liche Erledigung und den Arbeitern blieb nur der letzte Schritt, die Arbeitseinstellung. — Bezeichnend ist, daß von der Werfleitung in den letzten Tagen wiederholt ver-sucht wurde, in die Reihen der gut organisierten Werf-tarbeiter durch Anbieten von Lohnmitteln Uneinigkeit zu bringen. Gerade diese Vorgänge waren es, die die Er-bitterung zum äußersten steigerte. So wurde z. B. den in den Werfhäusern wohnenden Arbeitern mitgeteilt, daß, wenn sie zurzeit eines event. ausbrechenden Streiks weiter-arbeiteten, ihnen der Wertpreis der Wohnungen um 30 Prozent gestürzt würde. Den unverbesserten Leuten wurde zur Kenntnis gegeben, daß sie für Mittagessen, das während des Streiks auf der Werft eingenommen würde, nur die Hälfte zu zahlen brauchen. — Alle diese Versuche, mit solchen Mitteln Zwietracht unter den Arbeitern zu säen, scheiterten an dem Klassenbewußtsein und an der großen Erbitterung, die über die auf den Werften besteben-den Verhältnisse vorherrschte. Zu bemerken ist noch, daß die Werftarbeiter in Einsparungen sich an die Beschluß-fassung der Werftarbeiterkonferenz in Bezug auf die Ar-beitseinstellung gehalten haben und nun, nachdem alle Wege erschöpft waren, die Einstellung der Arbeit mit Genehmi-gung der beteiligten Vorstände vornahmen.

Weener. Zu dem Eisenbahnunglück, das sich, wie bereits von uns kurz gemeldet, am Freitag abend bei Hillenborg (nicht Hlenborg) zutrug, melden die „Nachr. f. E. und Land“ folgendes: Der Lokomotivführer des Zuges, der um 10 10 Uhr Oldenburg verließ, überließ bei Hillenborg, einem Ort jenseits Leer, unmittelbar vor der Ems, das das Signal auf Halt stand. Das hätte sehr verhängnisvoll werden können, denn die Brücke, die über die Ems führt, war offen. Der Zug fuhr deshalb in den offenen Fluß hinein. Kurz vor der Brücke erkannte der Lokomotivführer die Sachlage, er bremste, und es gelang ihm, den Zug im Augenblick der allerhöchsten Gefahr zum Halten zu bringen. Mit drei Achsen hina die Lokomotive schon in den Fluß hinein, dann stoppte der Zug. Die Maschine wird nur noch von dem nachfolgenden Wagen gehalten. Wenn man sie abkoppelt, muß sie in die Ems sinken, denn nur die letzte Achse hängt noch am Brücken-pfeiler. Es hat sich nur noch um Stunden gehandelt, sonst wäre eine Katastrophe eingetreten, deren Größe man gar nicht ausdenken mag. Günstigerweise hatte der Zug aber nicht volle Fahrt. Das Lokomotivpersonal konnte sich in Sicher-heit bringen, so daß ein Verlust an Menschenleben nicht zu befürchten ist. Auch ist niemand verletzt worden. Der Per-sonenverkehr wird mit der Fährde aufrecht erhalten, während der Güterverkehr aber Brämein gelistet wird. Wie es heißt, will man einen großen Arsen von Bremerhaven kommen lassen, um damit die Lokomotive zu retten. Es wird ferner einige Tage dauern, bis das Verkehrshindernis beseitigt ist. Verschiedene Herren der Eisenbahndirektion begaben sich sofort nach dem Bekanntwerden des Unglücks an die Unglücksstelle, und am Sonnabend morgen fuhr auch der obdenburgische Eisenbahndirektionspräsident Graepel nach Hillenborg, um sich an Ort und Stelle von der Lage der Dinge zu überzeugen.

Das „Leerer Anzeigenblatt“ berichtet über den Unfall: Der verunglückte Zug hat in Hillenborg vorfahrtsmäßig gehalten. Beim Herannahen an die Brücke überließ der Führer jedoch das Haltsignal und bemerkte erst wenige Meter vor der Brücke, daß diese nicht geschlossen war. Mit der größten Anstrengung verfuhrte man der Zugführer, den Zug zum Stehen zu bringen. Leider war ihm dies trotz des starken Bremsens und des Gependarmes nicht mehr möglich, der Zug fuhr auf die Brücke, und die Lokomotive stürzte über den Brückenpfeiler hinweg. Im letzten Sekunde retteten sich der Lokomotivführer und -beizer, indem sie auf den Roblender sprangen, sie blieben jedoch auf dem jetzt zum Stillstande gekommenen Zuge. Der hinter dem Tender laufende Postwagen und die drei Personenwagen blieben auf dem Gleise stehen, so daß also die Witzföhrenden — es waren im ganzen zwölf Personen, die den Zug besetzten. — aus-steigen konnten. Auf der Lokomotive, die bei Niedrigwasser etwa einen Meter über dem Wasserpiegel lag und bei Hochwasser mit der Spitze im Wasser hängt, wurde dann rasch das Feuer gelöscht, um einer eintretenden Explosion vor-zubeugen. Man nahm zuerst an, daß einer der Zugbeamten ins Wasser gestürzt war, bemerkte jedoch ereuilerweise bald nachher, daß alle Verloren in Sicherheit waren. Der Brückenwärter hatte die Brücke noch nicht geschlossen, weil einige Schlepplüge polieren wollten. Wie es möglich ge-wesen ist, daß der Zugführer das Haltsignal nicht bemerkt hat, bleibt vorerst unerklärlich. Während des Unfalls, der sich um 12 Uhr 5 Minuten ereignete, herrschte kein Nebel. Nach allem, was man hört, trifft den Brückenwärter keine Schuld, da die Brücke erst nach Verhängung mit der Station Weener geschlossen werden kann. Man kann von großem Glück sagen, daß keine Menschenleben zu Schaden gekommen sind. Materialschaden ist bislang ebenfalls noch nicht ent-standen. Heute früh und im Laufe des Vormittags wurde die Unfallstelle von vielen Neugierigen und Schaulustigen besucht. Es gewährt einen eigenartigen Anblick, die Lokomo-tive über dem Wasserpiegel schweben zu sehen. Der Tender hat sich mit den Vorderrädern gehoben und steht noch mit den hinteren Rädern auf dem Gleise. Die herabhängende Lokomotive wird durch die Auspuffung gehalten, sie stößt sich nur leicht auf den Brückenpfeiler auf. Ueber die Arbeiten zur Hebung der Lokomotive verläutet, daß man jedenfalls versuchen wird, einen großen Dampftrub zur Stelle zu bringen, der bei Hochwasser unter die Lokomotive ge-schoben werden muß und letztere dann so weit hebt, daß eine Jurüstbeförderung auf die Brücke ermöglicht werden kann. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß sich vor 25 Jahren ein ganz ähnlicher Unglücksfall bei der Leebahrd bei Leer ereignete. Auch bei diesem Unfall kamen ereu-licherweise keine Menschenleben um.

Die amtliche Meldung lautet: In der Nacht zum 26. Juli, um 12 Uhr 5 Minuten, ist der Personenzug 232 von dem unmittelbar vor der Emsbrücke liegenden Halte-punkt Hillenborg bei offener Brücke und auf Halt liegendem Signal weitergefahren. Die Lokomotive ist in die Dreh-öffnung gestürzt und hängt mit drei Achsen über dem Brücken-pfeiler herab, sie wird in dieser Lage durch den dahinter-

lebenden Jung gehalten. Personen sind nicht verlost. Die Hauptliste des Zuges 292 wurden mit Föhre über die Eins befördert und mit Sonderzug nach Reusburg weiter geföhrt. Die Spernung der Straße wird voraussichtlich mehrere Tage dauern. Der Personenverkehr wird mittels Föhre durch Umwegen aufrecht erhalten, der Güterverkehr umgeleitet; der Schiffverkehr ist nicht gestört und erfolgt durch die westliche Deffnung.

Vermischtes.

Römersunde in Oberbayern. Wie aus München gemeldet wird, ist man am Waginger See im südöstlichen Oberbayern zwischen Traunstein und Laufen, wo am Südostufer auf einer Wiese bei Betting im Vorjahre schon ein römischer Haus freigelegt wurde, bei weiteren Grabungen auf zwölf große Räume getroffen, von denen zwei Wasserbehälter gewesen sein mögen. Es läßt sich noch nicht feststellen, ob es sich um ein öffentliches Bad oder ein großes Wohnhaus handelt; auch interessante Gräber wurden gefunden.

Abbruch des ältesten Staatsbahnhofes Deutschlands. Die Braunschweiger Stadtordnungscommission hat laut „A. Tagbl.“ beschlossen, den jetzigen Hauptbahnhof der Stadt abbrechen zu lassen, um ein neues Bahnhofsgebäude zu errichten. Damit ist ein Bauwerk dem Untergange geweiht, das nicht nur dadurch historisch merkwürdig ist, weil es der älteste Staatsbahnhof Deutschlands ist — die Bahn Braunschweig-Verdenmittel ist die älteste, 1838 in Betrieb genommene Staatsbahn —, sondern weil seine architektonische Gestaltung bis heute den großen Kopfbahnhöfen zum Vorbild gedient hat. Der Bahnhof ist ein Werk Karl Theodor Ottmers, der auch das Schloß in Braunschweig und in Berlin das königliche Theater und die Zingoladenbaute. Wie nachstehend der Architekt in den Jahren da die Eisenbahn in den Kinderjahren freute, die Entwürfe voranzuföhren hat, bemerkt der Umst. daß der Bahnhof bis heute im Betrieb ist. Eine Neubildung des Bauwerks soll im Braunschweiger Museum aufgestellt werden.

Zwei Wennis für den Sperlingsföps. Die frühesten Sandsteine am Niederschlag werden seit einiger Zeit von einer wahren Sperlingsföps heimgeleitet. Seit Jahrzehnten sind in der dortigen Gegend nicht so viele Sperlinge gesehen worden, wie in diesem Sommer. In großen Schwärmen fallen sie über die Wiesenfelder her um rüchten unter der Frucht großer Schwärme an. Zahlreiche nieder-rheinische Gemeinden haben sich deshalb veranlaßt gesehen, für jeden abgelieferten Sperlingsföps einen Preis von drei Wennis zu zahlen.

Das Heilwälder Schloß und das Erdbeben. Aus Hildesberg wird der Allg. Ztg. berichtet: Es kam mit Bemühung festgestellt werden, daß das letzte Erdbeben der Göttinger nicht den geringsten Schaden zugefügt hat. Nur wurden die Stöße durch die im Otto-Heinrichsbau aufgestellten Instrumente aufs genaueste registriert. Aber eine Beschädigung der Räume ist in keiner Weise eingetreten, obwohl die Stoßrichtung des Bebens von West nach Ost gerade für den Otto-Heinrichsbau die denkbar ungünstigste war.

Eines der Hauptargumente der badiischen Regierung für die Notwendigkeit des Aufbaues des Otto-Heinrichsbau war beinahe täglich der Hinweis auf eine Katastrophe, die jeden Tag eintreten könne.

Ein tragikomischer Föhrenmäufkrieg zwischen Wissensgesellschaften spielt sich seit einigen Monaten auf dem Breslauer Haupt-Bahnhof ab. Neben den potentierten Kirchentreuen evangelischen und katholischen Missionen hat sich dort seit ein paar Jahren eine ebenfalls frömmelnde, aber doch unabhängige Nachmission aufgetan. Seitdem fahren die Staatsföhren-Missionen auf die neue Konkurrenz los wie der Teufel auf eine arme Seele. Polizei und Gerichte werden gegen sie in Bewegung gesetzt, und neuerdings hat man dem Leiter des „Schwarzen Kreuzes“ — so heißt die moderne Nachmission — den Aufenthalt auf dem ganzen Bahnhof unter Hinweis auf den Hausfriedensbruch-Vorgraphen verboten! Der Mann löste sich, als er wieder dort zu tun hatte, eine Jockkarte und eine Wohnsteigekarte. Bald hatte ihn aber eine christliche Wissensgesellschaft entdeckt, die sie benutzte ihn. Als er der Aufforderung der Beamten, den Bahnhof zu verlassen, nicht nachkam, erhielt er ein Strafmandat über 15 Mark wegen Hausfriedensbruchs. Auf die eingeleitete Verurteilung bekannte das Schöffengericht auf Freilassung, weil dem im Verlage einer Jockkarte befindlichen Missionar mindestens das subjektive Bewußtsein einer strafbaren Handlung gefehlt habe. Auf die christliche Nächstenliebe der zur Rettung hilfloser Menschen bestimmten Missionen wirkt der Prozeß kein günstiges Licht.

Eine geistliche Uniform. Der Kaiser hat eine Rüge im Ozean bemerkt: die Militärpfarrer hatten keine Uniform. Sofort haben sie eine, und zwar eine sehr feine. Sie wird so beschrieben: Der Rock ist von feldgrauer Tuch mit stehendem Kragen, Kermelmuscheln und einer Reihe Knöpfe, best. des Anze. Er hat um den Kragen, die Kermelmuscheln und vorn bezaubert violetten Vorstoß. Dazu wird eine feldgraue Stiefelhose getragen. Auch Mantel und Umhang sind von grauem Tuch. Die Kopfbedeckung besteht aus dem weichen feldgrauen Filz mit violetter Quastband, violetter Umrandung, Reids- und Landesföhre, dazwischen ein weiches Emaillekreuz. Auch die feldgraue Mütze hat violetten Besatz, Kofarde und Kreuz wie der Hut. Schürstube und Pantalons sind aus gebürstetem Leder, die Handschuhe von brauner Farbe. Am linken Oberarm wird eine violette leibene Föhre mit weissen Streifen und dem roten Kreuz auf weissen Grunde getragen. Dazu kommt als geistliches Erkennungszeichen ein Kreuz an einer Kette um den Hals. Die katholischen Geistlichen tragen auf dem Marsch und im Gefecht die violette Stola. Wie wir hören, haben die geistlichen Vorgesetzten außerdem angeordnet, daß die Geistlichen unterhalb der königlichen Montur noch die bekannte päpstliche Mütze eines Christenmenschen zu tragen haben: den Conzer der Gerechtigkeit, den Helm des Heils und die ganze Ausrüstung derrer, die allseitig fertig sein sollen „zu treiben das Evangelium des Friedens.“

Wie es sich leisten kann, will die Frauenröde abschaffen. Die Sklaverei des Rockes.“ Eine Amerikanerin.

Frau John Balb gebört — so wird darüber berichtet — zu den Vorführerinnen der amerikanischen Frauenstimmrechtlerinnen. Attentate, Brandstiftungen, Lieberfälle und sonstige auffragigste Geheulten hat sie nun zwar nicht aufzuweisen; dennoch kann man mit Föhre behaupten, daß sie manche ihrer Gefühnsgenossinnen an Blut überrot. Denn sie magt, was keine magt: sie geht in Hosen. Mrs. Balb erklärt: „Was kann das nützen, daß die Frauen Stimmrecht und Freiheit fordern, wenn sie ihre Verfassung nicht zu allererst auf dem Gebiete der Kleidung durchföhren? Es ist der Rock, der die Frau zum Sklaven macht. Der Rock hindert ihre Bewegungsfreiheit, der Rock reizt und erodiert ihre Eitelkeit, der Rock macht die Frauen zu Puppen anstatt zu Menschen. Darum vor allen Dingen: fort mit den Hosen!“ Das Programm ist nicht neu, aber die Amerikanerin hat den Mut ihrer Meinung und trägt die Hosenstrolch liberal, auch auf der Straße. Ihre Kleidung unterscheidet sich in ihrem oberen Teile wenig von der sonst üblichen Frauenstrick, geht aber dann in ein paar weite füllige Beinweiden über, die fuhz über den Knöcheln festgeschloffen sind. Vom Gürtel herab hängt vorn eine lange Schwärze. Doch diese Tracht ansichig wirkt, das kann man, soweit sie sich nach der bildlichen Wiedergabe beurteilen läßt, kaum behaupten, und jedenfalls daß die Amerikanerin, die die Hosen nicht mehr bloß fumbolisch an hat, eine sehr hübsche Reflekt für sich gemad. Öffentlich nicht bloß aus — damenhafter Gießfeld.

Veranstaltungs-Kalender.

Dienstag, den 29. Juli.
Rüstringen-Wilhelmshaven.
Gefangenen-Eisenbahn. Abends 8 1/2 Uhr: Uebungsstunde im Tivoli.
Braf.
Arbeiter-Tanzverein. Abends 8 1/2 Uhr bei D. Teder.
Oldenburg.
General-Bibliothek. Geöffnet: Sonntags vormittags 11—12 Uhr, Dienstags abends 6—7 Uhr, Mittwochs abends 8—9 Uhr, Donnerstags abends 6—7 Uhr.

Schiffahrts-Nachrichten.

Don 26. Juli.
Telegramme des Norddeutschen Lloyd.
Gold. Breslau, nach Baltimore, gehen am Donnerstag.
Gold. Göttingen, nach Australien, gehen am Donnerstag.
Gold. Bremen, nach Australien, gehen am Donnerstag.
Gold. Bremen, nach Australien, gehen am Donnerstag.
Gold. Bremen, nach Australien, gehen am Donnerstag.
Gold. Bremen, nach Australien, gehen am Donnerstag.

Spwaffer.

Dienstag, 29. Juli: vormittags 7 55, nachmittags 8 50

Oldenburg. Partei-Anz., Ad- und Anzeigengeldern, Beschlüssen auf die Parteitagung werden Sonntags von 11—12 Uhr vormittags und Donnerstags von 7—8 Uhr abends im Refektorium des Gewerkschaftshauses erbetet.

Mann und Arbeiter

werden sofort gesucht.

Zh. Kuper, Bangelehrt, neue Zoucho-Werft, Wismutaten-Bericht.

Bierfahrer

gehucht. Dr. Steinbach, Depot der Union-Brauerei, Zedlitzstraße 41.

Wiederverkäufer u. Händler

für geschmackhafte Frucht gesucht. Täglich 15-20 Uhr. Verdenstr.

Gesucht auf sofort

ein Kaufmann nach der Schulzeit. Rüstringen, Vetterstraße 42.

Gesucht Tischlerlehrlinge,

einen sofort und einen zu Ostern 1914. Dr. Jansen, Tischlerstr. Wülfelschaarn, Mittelstraße.

Zu vermieten

per sofort ein 63 qm großer

Laden

in unferm Schause. Götterstraße 41 — Zedlitzstraße 8, einz. Zentralheizung 840 Mk. pr. Jahr.

Abels & Freudenbahl

— Rüstringen. —

Einwarden.

Zu vermieten

auf sofort oder später eine vier-räumige Oberrwohnung. Jann Zassen, Bierzeiger, Kurzeilstraße.

Mein Gespann

halte für nachmittags 3 Transport von Gegenständen jeglicher Art bei billiger Preiszahlung belerne empfohlen. Braug. für Kaffahler weiten Weratwegen.

H. Stratmann

Rüstringen, Götjenstr. 27.

Erkennung und Heilung der Krankheiten.

Folgende billigen, von ersten medizinischen Autoren verfaßten Bücher sind in unfer Expedition zu haben:
Die Cholerenerkennung . . . 60
Grenzlich kalte Föhre . . . 30
Das Auge u. seine Pflege . . . 60
Das Fuß-Licht-Bad . . . 30
Neuer Ratgeber zur Erkenntnis und neuen Mittel zur Heilung von Keckenleiden . . . 100
Die Juckerkrankheit . . . 100
Die Hämorrhoiden . . . 80
Die Blinddarmentzündung . . . 100
Gicht, Rheumatismus . . . 100
Die Schrotkur . . . 100
Die Halsentzündungen . . . 100
Reisleiden, Arampflahren, Unterleibschmerzen . . . 60

Konsum- u. Sparverein

für Rüstringen und Umg. Eing. Gen. mit beschr. Haftpl.

Unsere Sparkasse

ist täglich geöffnet von 10 bis 1 Uhr vorm., von 4 bis 6 Uhr nachm., ausn. Sonnabends nachm. Einlagen werden mit 4 Proz. verzinst.

Sparkarten sowie Sparmarken zu 10 Pf. sind in allen Verteilungstellen zu haben. Nähere Angaben sind auf den Sparkarten enthalten. Zur Erleichterung der Beschaffung von Kohlen für den Winter bitten wir, unsere Sparmarken in die Verteilungstellen abzuführen. Der Vorstand.

Die Welt
von heute beansprucht stets Eleganz und trotzdem, wie in alten Zeiten, Dauerhaftigkeit bei Schuhen und Stiefeln.
Walküren-Stiefel
vereinigen Eleganz und Haltbarkeit in sich.
Trost & Wehlau, Schuhmachermstr.
Rüstringen, Wilhelmsh. Strasse 70. — Wilhelmshaven, Bismarckstr. 95.



Wie empfehlen jedem Zeitungsleser zur Anschaffung:
Liebtnechts Volkstremdwörterbuch
— Dreizehnte Auflage. —
Nun bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung der Rechtschreibung nach dem derzeitigen amtlichen Regelbuch.
Preis in Leinwand gebunden Mark 3.20.
Zu beziehen durch die Parteibuchhandlungen.

Wäsche
zum Waschen nimmt entgegen: Frau Günther, Wilmstr. 9, p.

Kaiser Wilhelm-Saal

Gute Dienstag: **Grosser öffentlicher Ball.**

Es ladet freundlich ein Dr. Götter.

Arbeiter-Sekretariat Oldenburg.

Unentgeltliche Auskunft in allen Rechtsstreitigkeiten, Anfertigung von Schriftstücken usw.

Sprechstunden: Vormittags von 11—1 Uhr, Nachmittags von 5 1/2—7 1/2 Uhr, Sonnabends Nachmittags von 4 1/2—6 1/2 Uhr.

Sonntags geschlossen. **Gewerkschaftshaus, Kurwidstr. 2**

Ausgelämmte Haare

lässt jederzeit Max Gröschel, Friseur, Raiserstr. 15, nrd. Galt Wilhelmsh.

Carl Wagenknecht

Wart in Oldenburg. Göttern u. Oberstraße. Einziges Lager in: Fahrräder, Nähmaschinen, Motorfahrzeugen, Grammophone, Schallplatten, sowie aller Zubehörteile.

— Reparatur-Werkstatt. — Eigene Emaille-Werkstatt. Stelle Berlin. Prompte Bedienung.

Volkshütte Rüstringen

Dienstag: Plinien mit Wuhl.

Anfall-Anzeigen

— empfehlen — **Paul Hug & Co. Automobil-Fahrten billig.** von Halle. Tel. 242.